

Die Mörder werden noch gebraucht

Judenmassaker in Litauen 1941 – was aus den Tätern wurde

Litauische Antikommunisten im amerikanischen Exil fordern die Auflösung einer unter Carter eingerichteten US-Behörde, die nach Kriegsverbrechern forscht: In Amerika leben heute viele der Täter, die in Litauen unter deutscher Herrschaft Massaker an Juden begangen haben. Einer, der 1941 entkommen ist, berichtet darüber: Leonid Olschwang, 64, später Offizier der Roten Armee, trat 1949 in den Westen über und lebt in Bonn.

Von Olschwang, Leonid

Im litauischen Städtchen Plunge kam ich zur Welt – dort bin ich zur Schule gegangen; ich liebte die Stadt und auch den Babrunga-Fluß, in dem ich gebadet und geangelt habe. In Plunge heiratete ich 1938 ein litauisches, katholisches Mädchen, das ich seit seiner Kindheit kannte. Prälat Pukys, ein wichtiger Mann im Ort, sah ein, daß ich meine jüdische Religion nicht aufgeben würde. Vom Heiligen Stuhl erwirkte er einen Dispens. So konnte jeder von uns beiden bei seinem Glauben bleiben.

Mein Vater war sehr angesehen in Plunge. Nach seinem Tod halfen wir der Mutter im Geschäft, das mit der Zeit zu einem Kaufhaus wuchs. Später arbeitete ich beim Finanzministerium in Kaunas (Kowno) als Oberrevisor.

Ungefähr 2.000 der 7.000 Einwohner Plunges waren jüdischen Glaubens. Nicht wenige führten einen Kramhandel und kauften das bißchen Ware, das sie in ihren kleinen Läden anboten, auf Kredit ein. Als wohlhabend galten die beiden jüdischen Ärzte Sivas und Levinas, der Apotheker Israilovicus, ein Rechtsanwalt, ein Pferdehändler und zwei Exporteure für Holz und Flachs. Doch die meisten Juden in Plunge waren einfache Handwerker: Schmiede, Maurer, Ofensetzer, Gerber, Schuster, Sattler, Polsterer, Bauleute und Installateure, auch mehrere Schneider, Fuhrleute, Wasser- und Lastenträger. Die Mühle der Familie Sachs mit Sägewerk versorgte auch die Stadt mit Elektrizität.

Die Juden von Plunge waren arbeitsame, ehrliche und gottesfürchtige Menschen. Jeden Morgen sah ich die hochgewachsenen Brüder Aronovicus zur Synagoge gehen; dann aber standen sie bis spätabends am Amboß. Zu ihnen brachte ich stets mein Pferd zum Beschlagen, sie fertigten auch hochgekrümmte Kufen für meinen Schlitten. Ihre nichtjüdischen Gesellen, die im Hause wohnten, mußten sich an koschere Mahlzeiten halten.

Schlecht erging es den Alten und Kranken von Plunge, wenn sie keine Kinder hatten, die sie ernähren konnten; denn im alten Litauen gab es keine Renten und keine Krankenkassen. Für manche, die sich ihrer Armut schämten, wurde gesammelt.

Nun leben sie alle nicht mehr. Noch ehe in Plunge, 44 Kilometer von Memel entfernt, im Juni 1941 deutsche Soldaten einrückten, brachten Litauer 70 ihrer jüdischen Mitbürger ums Leben.

Als dann die Deutschen kamen, hielten die sich nicht auf, sondern marschierten gleich weiter. Es blieben die Litauer, die – ohne daß die Deutschen dies angeordnet hätten – unter Führung landeseigener Offiziere die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt ermordeten. Das belegte der litauische Autor Aleksandras Pakalniskis in seinem vor vier Jahren in Chicago erschienenen Buch „Plunge“.

Die Litauer jagten die Juden unter Schlägen aus ihren Wohnungen, nahmen ihnen alles ab und trieben sie in der Synagoge zusammen. Nach einigen Tagen wurden die bis dahin angesehenen Nachbarsleute, die nur nicht katholisch waren, aus dem Gotteshaus herausgelassen – und von einer lauenden Horde mit Prügeln empfangen. Man zwang sie, die heiligen Bücher aus der Synagoge zu holen, die dann auf einem Scheiterhaufen verheizt wurden. Man trieb alte Juden ins Feuer, in dem sie lebendigen Leibes verbrannten.

Den greisen Dr. Sivas, der als Arzt in einem Umkreis von Hunderten Kilometern geachtet war, zwang der Anführer der Marodeure, Arnoldas Pabreza, Mist zu essen. Die zum Teil angetrunkene Horde brach in Hurra-Rufe aus. Mädchen von 12 und 13 Jahren wurden aus der Synagoge geholt und auf der Straße vergewaltigt.

Später hieß es, kranke Juden sollten in ein Hospital gebracht werden – es war ein Vorwand. Und doch drängten auch gesunde Juden auf die Lastwagen vor der Synagoge – um der Enge, in der sie ohne Nahrung und Wasser eingesperrt waren, zu entkommen.

Sie wurden in den fünf Kilometer entfernten Wald des Dorfes Milasaiciai gebracht, an ihr eigenes Massengrab. Die Litauer täuschten auch später noch Unglückliche mit der Mär vom „Krankenhaus“, bis schließlich alle überlebenden Juden zur Mordstätte am Rande des drei Kilometer entfernten Dorfes Kausenai getrieben wurden.

Die erste dort angekommene Gruppe mußte eine Grube ausheben – an ihrem Rand wurde sie erschossen, und die nächste Gruppe schüttete sie zu. Es waren ungefähr 1.800 Menschen jüdischen Glaubens, auch Säuglinge und Greise darunter, und auch meine Mutter. Die zum Teil betrunkenen Mörder vermochten nicht jeden zu erschießen; verscharrt wurden alle.

„Als die Arbeit beendet war“, schreibt Pakalniskis, „hielt ein Feldwebel vor seinen Soldaten eine Ansprache, in der er die Wichtigkeit dieses historischen Tages für Plunge hervorhob. Die Messe in der Kirche war schon vorbei, als die johlende Truppe auf Lastwagen in die Stadt zurückkehrte.“

Der *litauische Feldwebel Sapalas*, der die Rede nach dem Massaker gehalten hatte, floh nach Kriegsende in den Westen und geriet in ein westdeutsches Lager für „Displaced persons“ (verschleppte Personen) in Hanau. Später soll er nach Amerika ausgewandert sein.

An dem Massenmord nahm auch ein Hauptmann Lipcius teil. Er hatte mit seiner Frau in unserem Haus gewohnt. Wie hätte ich ahnen können, daß dieser höfliche und stille Mensch fähig sein würde, Frauen und Kinder umzubringen? Er lebt jetzt in Chicago. Ein anderer der Täter starb vor ein paar Jahren in der Bundesrepublik, ohne je für seine Tat gebüßt zu haben.

Der Pfarrer Lygnugaris aus Plunge versuchte, einige jüdische Mädchen zu retten, indem er sie taufte. Doch jener Pabreza, der den Doktor Sivas hatte Mist essen lassen, riß die Kinder an den Haaren aus der Obhut des Pfarrers und erschöß eines nach dem anderen. Der Geistliche erlitt einen Nervenzusammenbruch und zog sich schließlich in ein Kloster zurück. Pabreza und dessen Frau (auch sie stets mit umgehängtem Gewehr) führten eine Gruppe an, die nach dem Judenmord Jagd auf Litauer machte, die als Kommunisten oder deren Sympathisanten verdächtig waren – auch sie wurden erschossen.

Dabei war derselbe Pabreza bald nach der Okkupation Litauens durch die Sowjets im Juni 1940 der Kommunistischen Partei beigetreten und hatte seinen Bauernhof am Stadtrand dem Ortssowjet von Plunge zum Geschenk gemacht.

Jene einjährige Herrschaft der Sowjets über Litauen wurde oft als Grund für die Juden-Massaker genannt: Unter den fremden Herren seien viele Juden gewesen, was den Haß geweckt habe.

Im Drehbuch für den Film „Holocaust“ war ursprünglich vorgesehen, auch die litauischen SS-Leute im Warschauer Getto zu zeigen. Die litauische Lobby in den USA verhinderte das: In der Zeitschrift „Darbininkas“ (Der Arbeiter), die von litauischen Franziskaner-Patres in New

York herausgegeben wird, erschien 1978 ein Artikel mit der Überschrift: „Wo ist der Filmanfang?“ Der Artikel rechtfertigte die von Litauern an Juden begangenen Verbrechen damit, daß bei der Oktoberrevolution 1917 viele Juden mitgewirkt hätten und die Folge dieser Revolution 70 Millionen Tote gewesen seien.

Ein ständiger Mitarbeiter jener Zeitschrift, der katholische Priester Dr. Juozas Prunskis, hat nun eine Broschüre verfaßt: „Lithuania's Jews and the Holocaust“, in der er das unfaßbare Argument noch ausbaut. Zunächst beschreibt er, wie freundlich vor dem Sowjeteinmarsch Litauen gegenüber seinen Juden gewesen sei (obwohl ihnen seit dem Rechtsputsch von 1926 der Zugang zu allen wichtigen Ämtern versperrt war) und wie viele unter den Sowjets in Führungspositionen gelangt seien, vor allem in der Geheimpolizei NKWD.

Bei der Ämterbesetzung durch die Sowjets spielte in der Tat die Nationalität keine Rolle mehr, meist beherrschten die Juden außerdem die russische Sprache. Laut Prunskis arbeitete ein besonders hoher Anteil unter den NKWD-Beamten.

Selbst der litauische Jude Menachem Begin, der spätere Premier Israels, wurde damals im Wilnaer Gefängnis von einem Juden verhört. Prunskis erzählt das – doch was beweist es? Er gibt immerhin auch zu, daß „einige Litauer“ mit dem NKWD kollaborierten, und folgert dennoch: „Die Verhaftungen, Foltern bei Verhören, Teilnahme an Deportationen waren die Gründe, weshalb einige unverantwortliche Litauer mit kriminellen Neigungen später an Aktionen gegen die Juden während der Nazi-Besetzung teilnahmen.“

Prunskis nennt keinen einzigen Namen dieser Mörder, aber die Namen der Juden in Sowjettendiensten zählt er auf. Er stützt sich dabei auf Namenslisten, die schon beim Einmarsch der Deutschen 1941 dazu gedient hatten, den Haß auf Juden zu entfachen.

Wie damals werden die jüdischen Jungkommunisten herausgestellt, die kurz vor dem deutschen Angriff bei der Deportation wohlhabender oder politisch unzuverlässiger Personen mitwirkten. Doch auch Prunskis kann nicht verschweigen, daß sich unter den etwa 40.000 Menschen, die nach Sibirien verbracht wurden, über 7.000 Juden befanden – prozentual also weit mehr, als der jüdische Bevölkerungsanteil in Litauen ausmachte.

Unter den Deportierten war mein Bruder mit seiner Frau und dem drei Monate alten Kind. Unter den Zurückgebliebenen wurden jene, die während der Sowjet-Zeit irgendeinen Regierungsposten eingenommen hatten, die ersten Opfer der einheimischen Mörder.

Am 25. Juni erreichte die SS-Einsatzgruppe des Brigadeführers Stahlecker, die „das Judenproblem lösen“ sollte, Litauens damalige Hauptstadt Kaunas. Stahlecker meldete nach Berlin:

„Nach außen mußte der Eindruck erweckt werden, daß es die örtliche Bevölkerung gewesen sei, welche die antijüdischen Maßnahmen eingeleitet hatte, als spontane Reaktion auf ihre Unterdrückung über viele Jahre und den kommunistischen Terror, dem sie in der jüngsten Vergangenheit ausgesetzt gewesen war.“ Dieser Eindruck mußte nicht erst erweckt werden – er war schon da. Die Legende aber währt bis heute – perpetuiert von Priester Prunskis, nun „Director of Public Relations“ des Litauisch-Amerikanischen Rates mit dem Sitz in Chicago. Prunskis behauptet, wobei er sich auf Material der Nürnberger Prozesse beruft, die Deutschen hätten ihre Henker in litauische Uniformen gesteckt und dann gefilmt.

Die Wahrheit sieht anders aus. In Kaunas wurden die Juden besonders grausam hingeschlachtet – von Litauern. So wurden an einem Tag Juden in dem großen Garagenhof der Genossenschaft „Lietukis“ an der Straße Vytauto Prospektas zusammengetrieben. Manche zwang man ebenfalls, Mist zu essen; anderen stopfte man einen Schlauch in den Mund und pumpte Wasser hinein, bis die Körper platzten. Die meisten wurden mit Eisenstangen erschlagen.

Der große Hof war bald voller Blut. Die Welt kennt die Photos, die Litauer bei ihrer Mordlust zeigen. Die Bilder wurden von einem deutschen Soldaten aufgenommen, der meinte, die Tä-

ter seien entlassene Zuchthäusler – er konnte sich nicht vorstellen, daß es sich um ganz gewöhnliche litauische Bürger gehandelt hat.

Auf eine Veröffentlichung dieser Bilder vor 25 Jahren im SPD-Organ „Vorwärts“ brachte die Redaktion des Exilblatts „Akiraciai“ (Chicago), die sich als sozialdemokratisch ausgibt, am 6. April 1983 – nach einem Vierteljahrhundert – folgende „Gegendarstellung“:

„Zur Garage der Konsumgenossenschaft ‚Lietukis‘ in Kaunas wurden für Aufräumarbeiten ein paar Dutzend Insassen aus dem Judengetto gebracht. Die kahlgeschorenen Männer, die auf dem Bilde weiße Hemden tragen, sind nach russischem Abmarsch freigelassene litauische politische Gefangene, die das Aufräumen der Garage überwacht haben. Die neuen Verhältnisse nicht ernst genug einschätzend, sind die Juden vor der Garage nicht fleißig genug den Befehlen der Aufseher nachgegangen. Sie wurden zuerst vereinzelt geprügelt und später in Massenhysterie der Aufseher bis zum Tode geschlagen.“

Gemordet wurde allenthalben, zumal in den Forts am Rande der Stadt. Vor allem im **9. Fort** haben sich unglaubliche Szenen abgespielt. Manchem Juden haben die Litauer bei lebendigem Leibe die Genitalien, Ohren und Nase abgeschnitten, die Augen ausgestochen, die Zunge aus dem Mund gerissen. Ein junger litauischer Leutnant hielt es dort nicht aus und erschoss sich.

Die verstümmelten Leichen dienten noch Propagandazwecken. In den Räumen des Kriegsmuseums in der Donelaicio-Straße von Kaunas fand eine „Roter-Terror-Ausstellung“ statt, in der als Beweismittel Photos der Leichen von Litauern und Litauerinnen gezeigt werden sollten, die vom sowjetischen NKWD und seinen jüdischen Helfern umgebracht worden seien.

Zur Eröffnung der Schau kam die Prominenz der Stadt. Da die Leichen übel zugerichtet und nicht mehr erkennbar waren, trug das Abbild jedes Körpers eine Namensbezeichnung. Auf manchen Bildern war jedoch im Hintergrund die Aufschrift „Lietukio garazas“ zu erkennen: Lietukis-Garage.

Lietukis-Direktor Januskevicius erklärte nach dem Besuch der Ausstellung: „Das sind doch Leichen von Juden!“ Die Ausstellung wurde sofort geschlossen und erst wieder eröffnet, als die Aufschrift „Lietukio garazas“ von den Photos entfernt worden war.

Tausende Litauer dienten in der SS als Vollzugsorgane der Einsatzgruppen und als Wachmannschaften der Konzentrationslager. In seiner Broschüre führt Dr. Juozas Prunskis dagegen als Beweis für die antinazistischen Strömungen jene 37 Litauer an, die 1943 ins Konzentrationslager Stutthof als Häftlinge gerieten und von denen neun ums Leben kamen.

Die Deutschen, die ihren Quislingen mißtrauten, hatten sie als Geiseln dafür genommen, daß Litauen keine selbständige Regierung bildete. Gesondert untergebracht, durften die Ehrenhäftlinge zivile Kleidung tragen, sich im Gelände frei bewegen, konnten Briefe schreiben und Päckchen erhalten. Sie lasen Bücher und bildeten sich fort.

Zu den Häftlingen zählte der frühere Kultusminister Dr. Pranas Germantas aus dem Dorf Puckoriai bei Plunge. Ich kannte ihn noch aus dem Gymnasium. Er hatte in Deutschland studiert und war als „Sonderführer“ mit den deutschen Truppen 1941 nach Litauen zurückgekehrt. Er hatte Hitlers „Mein Kampf“ ins Litauische übersetzt und wurde Pressechef bei der Gestapo. Ihm galt als erstes Gebot die Ausrottung der Juden. Die Deutschen dankten es ihm nicht – auch er wurde 1943 eingesperrt und starb in Stutthof.

Die meisten Litauer in Stutthof aber waren ehemalige Offiziere, darunter der Hauptmann Buragas, dem als Referenten für jüdische Angelegenheiten auch

das Getto von Wilna unterstanden hatte, und jener Hauptmann Jonas Noreika, der den Mord an der jüdischen Bevölkerung der Stadt Plunge angeordnet und ausgeführt hatte.

Ein anderer KZ-Gefangener von Stutthof, der später in Putnam (USA) verstorbene Priester und Professor der Religionswissenschaften Stasys Yla, schilderte in seinem Erinnerungsbuch „Menschen und Tiere“ seinen Mithäftling Noreika als äußerst fromm.

Viele der litauischen Judenmörder gelangten nach dem Krieg in die USA. Nach Australien ging jener Pabreza, der in Plunge gewütet hatte. Inzwischen soll auch er nach Amerika umgezogen sein. Bei einem Bekannten (dessen Bruder einst mit Pabreza befreundet war) forschte ich nach Pabrezas heutigem Namen.

Er antwortete: „Du bist mein Freund, Leonid, aber ich kann dir dabei nicht helfen, ich kann es nicht.“ – „Warum nicht?“ fragte ich. Antwort: „Weil damit eine Kettenreaktion ausgelöst wird. Es geht um viele, versteh‘ doch.“

Mit der gleichen Furcht hängt wohl zusammen, daß in Dr. Prunskis‘ Broschüre „Lithuania‘ s Jews and the Holocaust“ kein Name eines litauischen Mörders zu finden ist. Die Täter werden noch gebraucht. Prunskis‘ Kollegen aus dem Litauisch-Amerikanischen Rat haben es geschafft, für ein Photo mit Ronald Reagan und seiner Frau zu posieren.

Die politischen Aktivitäten des Rats richten sich neuerdings gegen das „Office for Special Investigations“ (OSI) in Washington, dessen Auflösung sie verlangen: Diese unter Präsident Carter gegründete Behörde mit 15 Untersuchungsbeamten und einem Jahresetat von 2,3 Millionen Dollar ist darum bemüht, aus der Masse der Nachkriegseinwanderer aus den Ländern des Baltikums und Osteuropas Kriegsverbrecher herauszufischen.

Laut Prunskis haben mehrere tausend Litauer aber Juden gerettet oder zu retten versucht. Einige gab es, Gott sei gelobt, doch nicht viele. Im Vergleich zur Zahl der litauischen Mörder nimmt sich ihre Zahl wie ein Löffel Wasser gegenüber einem vollen Eimer aus.

Da war Bronius Gotautas, der kaum lesen und schreiben konnte und als Bote Kirchenzeitungen ausgetragen hat. Er brachte es fertig, mehrere Juden bei guten Menschen zu verstecken. Nach seinem Tode habe ich dafür gesorgt, daß in der „Allee der Gerechten“ in Jerusalem ein Baum zu seinem Gedächtnis gepflanzt wurde.

Dort trägt ein Baum auch den Namen meiner Frau. Für sie, die Frau eines Juden, war es besonders gefährlich, sich eines aus dem Getto geflohenen Mädchens anzunehmen. Es hat überlebt und kam vor zehn Jahren nach Israel.

Im Februar 1945 bin ich für einen Tag nach Plunge gekommen. Dort lebte nur noch ein Jude, katholisch getauft und von dem Prälaten Pukys geschützt.



Nr. 41/1991 – 07.10.1991

Baltikum

Schlechtes Zeugnis

Zu Tausenden halfen Balten den Nazis beim Mord an Juden. Gegen die Rehabilitierung litauischer Kriegsverbrecher regt sich Protest.

Das ärmliche Apartment 24 in der Girmunai-Straße 49 am Stadtrand der litauischen Hauptstadt Vilnius ist Gedenkstätte und Tribunal zugleich. Einmal pro Woche putzt dort Rivha Bogomolnaja die rund zwei Dutzend Glasrahmen blank, die auf Kommoden, Tischen und Sims stehen. Sie bewahren vergilbte Porträts von ihren engsten Verwandten, von Männern, Frauen und Kindern. Alle wurden vor einem halben Jahrhundert, nachdem Hitlers Wehrmacht

bis September 1941 das Baltikum überrollt hatte, von den Nazis und ihren Hilfstruppen umgebracht.

Seither wartet die alte Dame auf die Stunde der Gerechtigkeit. Dafür hat sie Briefe und Berichte gesammelt, die sie in einer Plastiktüte aufbewahrt. Die Aufzeichnungen beschreiben, was sie, Tochter einer jüdischen Familie aus dem südlitauischen Dörfchen Eigirdonis, und andere Juden in den drei Jahren deutscher Okkupation zu erdulden hatten. Es sind grauenvolle Erinnerungen an eine Zeit, in der sich litauische Mitbürger, sogar gute Bekannte, in Massenmörder verwandelten.

Einer der Henker, so behauptet Bogomolnaja, lebt heute nur 100 Kilometer entfernt in der Universitätsstadt Kaunas (Kauen): Juozas Krasinskas, in den Jahren der deutschen Besetzung als Polizeibeamter tätig. Rivha Bogomolnaja: „Ich sah, wie er prügelte und tötete. Dafür gibt es noch andere lebende Zeugen.“

Ihr selbst gelang die Flucht aus der letzten Gruppe von Juden, die von Krasinskas zur Exekution getrieben wurde. Nach der Rückeroberung der baltischen Republiken durch die Rote Armee verurteilte ein Sowjetgericht den Litauer wegen „Teilnahme am Massenmord“.

Rivha Bogomolnaja war erschüttert, als sie erfuhr, daß der Ex-Polizist kürzlich von der Generalstaatsanwaltschaft der unabhängigen Republik Litauen rehabilitiert worden sei und eine Entschädigung von 5.000 Rubel erhalten hatte. Die alte Dame verbittert: „Die machen sich lustig über uns.“

Die Generalstaatsanwaltschaft ist zuständig für die Anwendung eines Gesetzes, das Litauens Parlament schon im Mai 1990 nahezu unbeachtet verabschiedet hatte. Die Absicht schien zunächst lauter: Die Abgeordneten widerriefen die Rechtmäßigkeit aller sowjetischen Verwaltungsakte ab Juli 1940, als Stalin alle drei Baltenrepubliken gewaltsam annektierte. Etwa 130.000 Balten – darunter auch viele Juden – waren 1940/41 deportiert oder hingerichtet worden.

Für ungültig erklärte Litauen jetzt auch Urteile, die sowjetische Zivil-, Militär- und Geheimgerichte über litauische Bürger verhängten, nachdem die Rote Armee die Baltenrepubliken im Sommer 1944 zurückerobert hatte.

Damals machte sich Stalins Terrormaschine daran, den „Faschismus zu liquidieren“. Spezielle Gruppen aus Parteimitgliedern und antideutschen Partisanen, schreibt der Historiker Karlis Kangeris vom Zentrum für Baltische Studien an der Stockholmer Universität, aber auch die Geheimdienste machten Jagd auf Kollaborateure, die oftmals ohne Verfahren gehenkt wurden. Balten, die in der Wehrmacht gedient hatten, wurden in Strafbataillone gesteckt und in Arbeitslager verschleppt, das „Wehrmachtsgefolge“ als Arbeitstrupps im Baltikum eingesetzt, die Bauern, in Stalins Augen ohnehin „Berufsfaschisten“, enteignet und schließlich deportiert.

Bis zu 124.000 Esten, 258.000 Letten und 570.000 Litauer, schätzt Kangeris, „erlitten zwischen 1944 und 1949 Repressionen oder wurden deportiert“. Auch nach den Exzessen der ersten Nachkriegsjahre wurden baltische „Kriegsverbrecher“ hinter verschlossenen Türen von sowjetischen Kriegs- und Sondergerichten im Schnellverfahren abgeurteilt.

Die Sowjetmacht berief sich dabei auf ein Dekret, das vom Präsidium des Obersten Sowjet in Moskau am 19. April 1943 erlassen worden war. Danach sollten Schwerverbrechen gegen sowjetische Bürger mit dem Tod durch Erhängen, „Gehilfen des Faschismus“ mit Zwangsarbeit bestraft werden.

Die Willkür der Sowjets gibt nun für Generalstaatsanwalt Arturas Paulauskas die Rechtfertigung für die Rehabilitation verurteilter Litauer her. Mehr als 20.000 Unschuldsbescheinigungen hat seine Behörde bereits ausgestellt, „weitere Tausende“ werden laut Paulauskas folgen. Zwei Drittel der Persilscheine werden auf Antrag Angehöriger postum erteilt, der Rest wäscht noch Lebende rein.

„Diese Bürger“, so der Generalankläger, „wurden nicht von Gerichten, sondern von in Moskau zusammengesetzten Sonderkommissionen verurteilt, ihre Geständnisse erpreßt, die Zeugen genötigt. Sie hatten kein Recht auf Verteidigung. Die Urteile haben daher keine rechtliche Grundlage.“

Wegen der summarischen Wiedergutmachung wurden auch Kriegsverbrecher freigesprochen, obwohl das Gesetz Täter ausschließt, die sich des Mordes oder Völkermordes schuldig gemacht haben.

Friedensnobelpreisträger Eli Wiesel wies Litauens Präsidenten Vytautas Landsbergis schockiert darauf hin, daß eine Freisprechung der Kriegsverbrecher „von anständigen Menschen weder verstanden noch akzeptiert werden kann“. Ende August schrieb Rabbi Marvin Hier, Leiter des Simon Wiesenthal Center in Los Angeles, in einem Brief an Landsbergis, die Opfer und Überlebenden des Holocaust hätten einen Anspruch darauf, daß Teilnehmer am Massentod nicht rehabilitiert würden. Eine solche Amnestie würde „den mit der Wiederentstehung eines freien Litauens erzielten historischen Erfolg beflecken“.

Gleichzeitig präsentierte der Nazi-Jäger eine Liste mit den Namen von 15 Rehabilitierten, die nach Ansicht der Wiesenthal-Mitarbeiter „aktiv an der Ermordung von Zivilisten“ teilgenommen hatten.

Zum Beispiel Aloizas Juodis, Jahrgang 1922. Er gehörte von 1941 bis 1943 dem berüchtigten 12. Polizeibataillon an, dessen Massenerschießungen von Juden in Litauen und Belorußland gut dokumentiert sind. Vor einem Sondergericht der sowjetischen Staatssicherheit legte Juodis im April 1948 ein Geständnis ab, das zwei weitere Zeugen bestätigten.

Die Akten über Juodis und andere waren dem Wiesenthal Center aus Vilnius zugespielt worden. Denn bei weitem nicht alle Litauer sind mit der summarischen Rehabilitierungspraxis ohne Einzelprüfung und Angabe von Gründen einverstanden. Ein jüdischer Jurist quittierte vor einem Monat aus Protest seinen Dienst bei der litauischen Generalstaatsanwaltschaft.

Weder Präsident Landsbergis, dessen Familie während der deutschen Besatzung gejagten Juden Schutz gewährte, noch die Regierung hätten eine pauschale Reinwaschung „beabsichtigt und gebilligt“, glaubt Efraim Zuroff, Direktor des Jerusalemer Ablegers des Wiesenthal Center. Aber es gebe Kräfte im höheren und mittleren Verwaltungsapparat, besonders in der Generalstaatsanwaltschaft, die um den Nachweis bemüht seien, daß bestimmte antisemitische Litauer „das, was sie Juden angetan haben, nicht getan haben“.

Dahinter argwöhnt Zuroff einen „Ansatz von Holocaust-Revisionismus“, ein grundsätzliches Bemühen bestimmter litauischer Kreise, „sich von der Schuld reinzuwaschen“.

Solche Versuche hat es im Baltikum immer gegeben, früher gingen sie oft von Exil-Vereinen aus. So forderte das „Vereinigte Baltisch-Amerikanische Komitee“ in den achtziger Jahren die Abschaffung des US-Büros für Sonderermittlungen, das nach in Amerika untergeschlüpfen Kriegsverbrechern fahndet.

Der Litauisch-Amerikanische Rat in Chicago bestritt gar die Beteiligung von Landsleuten an der Judenvernichtung: Gemordet hätten nur Deutsche, getarnt mit litauischen Uniformen.

Die litauische Rehabilitation, befürchten jüdische Organisationen, könnte andere Republiken der einstigen Sowjetunion zur Nachahmung verleiten. Estland, Lettland und die Ukraine (es gab eine galizische SS-Division) „haben ein ebenso schlechtes Führungszeugnis“, sagt Efraim Zuroff.

Ohne die Teilnahme örtlicher Sonderkommandos, ohne die Hilfe nationalistischer und antisemitischer Bünde und ohne die Unterstützung der Zivilbevölkerung hätten die mit der Judenvernichtung beauftragten deutschen Spezialverbände ihr Werk gewiß nicht so perfekt vollenden können.

In Lettland, vor allem aber in Litauen machten sich im Sommer 1941 Einheimische an die Liquidierung ihrer jüdischen Mitbürger, noch bevor die aus SS und Sicherheitsdienstpersonal zusammengewürfelte Einsatzgruppe A – knapp 1.000 Mann – mit der geplanten totalen Judenvernichtung begann.

Im litauischen Plunge (7.000 Einwohner) begingen sofort nach dem Durchstoß der Wehrmacht Ortskräfte unter Anleitung litauischer Offiziere ein Pogrom. Die Juden wurden in der Synagoge zusammengetrieben, Greise auf Scheiterhaufen aus Torarollen und heiligen Büchern verbrannt, 12 und 13 Jahre alte Mädchen vergewaltigt. Der größte Teil der Juden wurde schließlich in den Wäldern erschossen. Innerhalb weniger Tage waren praktisch alle 2.000 Juden aus Plunge getötet (SPIEGEL 17/1984).

In Kaunas, bis 1940 Litauens Hauptstadt, brannten einheimische „Partisanen“ schon Ende Juni 1941 Synagogen und ein jüdisches Wohnviertel mit 60 Häusern nieder. Laut Augenzeugenberichten deutscher Wehrmachtsoffiziere schlugen die Täter ihre Opfer an einer Tankstelle zu Hunderten der Reihe nach tot. Ein Major notierte: „Unsere deutschen Soldaten waren ruhige Zuschauer; hatten keinen Befehl, das Blutgericht irgendwie aufzuhalten.“

Die deutschen Heeresoffiziere fürchteten gleichwohl negative Auswirkungen auf die Truppenmoral. Fortan wurde hinter den Mauern der alten Festung von Kaunas gemetzelt. Allein am 4. und 6. Juli exekutierten dort litauische Freischärler 2.977 Juden – unter Anleitung des SS-Standartenführers Karl Jäger, Chef des für Litauen zuständigen Einsatzkommandos 3 der Einsatzgruppe A.

Jäger brüstete sich später gegenüber Vorgesetzten: „Die Aktion selbst kann als Paradeschießen betrachtet werden.“

Noch schrecklicher wütete die Einsatzgruppe A im benachbarten Lettland. Bevor sie dort ihre Tätigkeit begann, hatten Banden der chauvinistischen Organisation Peronkrust (Donnerkreuz) und des antibolschewistischen Schutzkorps Aizargi mit der „Selbstreinigung“ von den Juden begonnen.

„Bei Tag und bei Nacht, auf den Straßen, in Läden, Fabriken und Werkstätten machten sie Jagd auf uns“, berichtete einer der Davongekommenen. „Männer und Frauen, Kinder und Greise trieb man in die Wälder, wo man sie am Rande bereits ausgehobener Gräber aufstellte und zu Hunderten und Tausenden erschoss. Neugeborenen und Säuglingen zerschmetterte man die Schädel an der Wand oder warf sie in die Luft und schoß auf sie wie auf Tontauben oder fing sie auf Bajonettspitzen auf.“

In Lettland konnte sich die Einsatzgruppe A einer besonders grausamen Formation der Einheimischen bedienen: Das „Jagdkommando Viktor Arajs“, das fast ausschließlich aus Letten bestand, ermordete gnadenlos jeden Juden, dessen es auf seinen Streifzügen durch Lettland und bis nach Belorußland hinein habhaft wurde.

Viktor Arajs wurde 1979 von einem Hamburger Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt. Wie die allermeisten baltischen Kollaborateure – insgesamt 235.000 – hatten ihn die 1944 zum Rückzug gezwungenen Deutschen evakuiert. Von insgesamt einer Viertelmillion Juden, die 1939 im Baltikum lebten, davon allein in Litauen 155.000, wurden 80 Prozent umgebracht. Wiesenthal-Mitarbeiter spürten beim Durchkämmen der Listen von Exilbaltten laut Zuroff „in den letzten fünf Jahren 1.000 des Judenmordes Verdächtige“ auf. Großbritannien, Kanada, Australien und die USA haben ihre Justizbehörden angewiesen, bei genügend Beweisen Anklage zu erheben. Zuroff wünscht sich ein ähnliches Verfahren auch in Litauen.

Rivha Bogomolnaja hat seit einem halben Jahrhundert auf rechtsstaatliche Prozesse gegen Kriegsverbrecher gewartet. Doch da sie die Einstellung ihrer litauischen Mitbürger kennt, hegt sie nur geringe Hoffnungen. „Die Wahrheit läßt sich einfach finden. Aber die Leute hier wollen sie nicht finden.“

Der inszenierte Aufstand / Erster Akt

In Litauen gedenkt man in diesen Tagen des Aufstandes gegen die Russen im Juni 1941. Er wurde von der deutschen Abwehr mit Hilfe litauischer Faschisten organisiert, deren erstes Ziel die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung war

Von Alexander Slavinas

Am 22. Juni 1941 um 3.30 Uhr begann die deutsche Wehrmacht ihre verhängnisvolle Offensive gegen die Sowjetunion.

Mehr als ein halbes Jahrhundert danach wird in Litauen dieses Datum zum Tag des nationalen Aufstands erhoben. Eingeführt wurde er, als Landsbergis Vorsitzender des Obersten Sowjets wurde, nachdem die Republik 1991 ihre Unabhängigkeit erlangt und rechte Kräfte an die Macht gekommen waren. Eine Straße in Kaunas (Kovno), im Stadtviertel Eiguliaiai, trägt jetzt den Namen Schkirpa, den des damaligen „Regierungschefs“. So ist Kaunas die einzige Stadt der Welt, die einen Agenten der deutschen Abwehr, des militärischen Geheimdienstes, als Helden preist.

Seit drei Jahren wird die Geschichte des Juni 1941 in Litauen neu geschrieben. Und Geschichte wird, wie ein englisches Sprichwort sagt, immer von den Siegern geschrieben. Obwohl inzwischen Linksparteien in Litauen regieren, hat sogar Sakalas, einer der Führer der Sozialdemokratischen Partei Litauens, noch jüngst die Juni Ereignisse einen Aufstand genannt, der vom Blute litauischer Patrioten durchtränkt sei. Er erinnerte daran, daß die LAF (Litauische Front der Aktivisten) im Zweiten Weltkrieg den Partisanenkampf sowohl gegen die Nazis als auch gegen die sowjetischen Besatzer organisiert habe.

„Das Baltikum muß für die UdSSR der Pfahl im Fleische bleiben“, hatte Hitler einmal auf einer geheimen Konferenz in Berlin erklärt. Und Stalin war entschlossen, diesen Pfahl zu entfernen, notfalls auch durch Amputation. Deshalb verabschiedete das Politbüro im Kreml im Mai 1941 eine der streng geheimen Resolutionen „Über die Aussiedlung der sozial fremden Elemente aus den baltischen Republiken“. Als „sozial fremd“ und „konterrevolutionär“ bezeichnet hatte man 14.867 Tautinisten (der nationalistischen Regierungspartei); 1.235 Woldemarinisten (der faschistischen Partei); 492 Sozialdemokraten; 1.318 Polizisten; 1.890 Angehörige zionistischer Organisationen; 2.857 deutsche Spione.

Auf der Liste der NKWD standen auch Haus- und Ladenbesitzer, Kulaken (größere Bauern) und andere „konterrevolutionäre Elemente“ wie Mitglieder des Rotary Clubs und des Esperantoclubs, Funkamateure und Briefmarkensammler.

Natürlich tummelten sich niemals 2.857 deutsche Spione in Litauen und konnten deshalb auch nicht entdeckt werden. Die aus der Sowjetunion angereisten Mitarbeiter des NKWD, die bei den Säuberungen 1937 Karriere gemacht oder sie überlebt hatten, betrachteten all jene Litauer als Spione, die einmal in Deutschland waren, mit jemandem in Deutschland in Briefkontakt standen, sich irgendwann einmal mit Deutschen getroffen, deutsche Zeitungen abonniert oder „das faschistische Deutschland gelobt“ hatten – nämlich mit Zitaten aus der In den regionalen Stäben, welche die Deportation der Zehntausende organisierten, arbeiteten siebenund-siebzig Personen, von denen dem Namen nach dreizehn Litauer, vier Juden und die übrigen Russen, Ukrainer und Weißrussen waren. Diese ethnische Zusammensetzung wird ein Jahr später für die Juden schreckliche Folgen zeitigen.

Auf der Bühne erscheint *Kazys Schkirpa*, ehemals litauischer Generalstabschef und Militärattaché, letzter Botschafter seines Landes in Berlin.

Im Jahre 1934, als die litauischen Faschisten einen Staatsstreich versuchten, wollten sie Schkirpa zum Premierminister ernennen. Später, 1938, hat er in Klaipeda, dem ehemaligen Memel, die *faschistische Organisation Zygis* aus der Taufe gehoben; sie hat wiederholt die Deutschen um Waffen und Geld gebeten. Doch die Nationalsozialisten waren an keinem Umsturz in Litauen interessiert, weil sie auf den einflußreichen General Raschtikis gesetzt hatten. Dennoch erhielt die Gruppe Schkirpa mit Zustimmung des Auswärtigen Amts seit dem Sommer 1939 vierteljährlich zwei- bis dreitausend Mark, weil sie die Feindschaft gegen Polen schürte. Viel brachte das nicht ein, etwa zwei bis drei Mark pro Person. Den Rest holten sich diese Faschisten ein paar Jahre später: Goldkronen, weiße Laken und Leuchter im Warschauer Ghetto.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen forderte Schkirpa die Regierung in Kaunas auf, an der Seite der Deutschen in den Krieg einzutreten, um das von den Polen annektierte Vilnius/Wilna, die alte litauische Hauptstadt, zu befreien. Gleichzeitig übte der deutsche Botschafter Zechlin Druck aus. Dank der Festigkeit der Christdemokraten im Kabinett und der katholischen Bischöfe kam dieses Abenteuer aber nicht zustande.

Schon vier Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee in Litauen, am 20. Juni 1940, traf sich Schkirpa mit Georg Leibbrandt, einem Mitarbeiter Ribbentrops, zu einem vertraulichen Gespräch bei einem Mittagessen im Hotel „Eden“. Anfang August 1940 wurden die Gespräche bei mehreren Treffen mit Peter Kleist, einem Ost-Experten Ribbentrops und Mitglied des SD, vertieft. Am 15. August 1940 unterbreitete Schkirpa ihm das Projekt „Der Staat Litauen“, der nach dem Einmarsch deutscher Truppen geschaffen werden sollte. Das alles ereignete sich ein Jahr vor dem Kriegsbeginn im Osten, als noch nichts die „mit Blut besiegelte Freundschaft“ (so die Prawda im April 1940) zwischen der Sowjetunion und Hitler-Deutschland zu trüben schien.

Die Ost-Historikerin Ingeborg Fleischhauer charakterisiert Peter Kleist als einen Menschen, „der auf vielen Klavieren zu spielen verstand“. Während der Verhandlungen mit Schkirpa 1940/41 spielte Kleist auf drei Flügeln. Im August erklangen am lautesten die Nocturnes des Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop. Danach mündeten die lyrischen Melodien ein in die Zweitaktklänge des Hohenfriedberger Marsches, welcher der Lieblingsmarsch des Abwehrchefs, des Admirals Wilhelm Canaris, war. Wagners Apotheose aus dem Ring der Nibelungen lag noch bei SD-Chef Reinhard Heydrich im Safe.

Nach den Verhandlungen mit Kleist formierte Schkirpa aus litauischen Emigranten die paramilitärische faschistische und antisemitische Litauische Front der Aktivisten (LAF). Im Oktober 1940 nahmen deutsche Abwehroffiziere die LAF unter ihre Fittiche. Als Sondergruppe A sollte sie Sabotageakte und die Demoralisierung des sowjetischen Hinterlands vorbereiten.

Am 25. Januar 1941 unterbreitete Schkirpa dem begeisterten Oberstleutnant Grebe von der 2. Abteilung der Abwehr einen Plan zur „Befreiung Litauens“: „Absatz I, Punkt 3. Die deutsche Armee wird als Befreier Litauens und der anderen unterdrückten Völker der UdSSR präsentiert. Im Absatz II wurde vorgeschlagen: erstens nach dem Einmarsch der deutschen Truppen einen allgemeinen Aufstand in Litauen zu organisieren; zweitens durch allerlei Sabotageakte den Nachschub der Roten Armee zu unterbinden; drittens den deutschen Truppen als Befreier zu begegnen und alle mögliche Hilfe zu leisten.

Schkirpa wollte freilich den Aufstand in Litauen erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen ausbrechen lassen. Im Januar 1941 hatte er schon die Gestapo gebeten, „sich nicht mit Litauen zu beschäftigen“.

Gekrönt wurde die Zusammenarbeit zwischen Schkirpa und der Abwehr mit dem Eid, den die LAF Mitglieder, die über die Grenze nach Litauen gesandt wurden, zu schwören hatten:

„Indem ich freiwillig die für die Befreiung meines Vaterlandes (Litauen) vorgesehenen Aufgaben übernehme, verpflichte ich mich freiwillig vor Gott und meinem Gewissen, diese gewissenhaft auszuführen und mich dabei der deutschen Militärdisziplin völlig zu unterwerfen. Zugleich verpflichte ich mich, alles das, was mir anvertraut oder zur Durchführung übergeben wird, völlig geheim zu halten. Diese Verpflichtung übernehmend erkläre ich, daß mir die nach den deutschen Gesetzen zufallende Verantwortung für das Nichteinhalten des Geheimnisses und der Militärdisziplin bekannt ist. Gott segne mich, die von mir übernommenen Aufgaben für das Wohl meines Vaterlandes zu erfüllen.“ Kaum donnerten am 22. Juni 1941 die Kanonen an der Grenze, erklärte sich Schkirpa in Berlin schon zum Premierminister Litauens und gab die Mitglieder seiner Regierung bekannt. Am Tag darauf verlasen Angehörige der LAF, die beim Rundfunksender in Kaunas arbeiteten, eine geringfügig veränderte Regierungsliste. Doch dann gab es ein böses Erwachen für Schkirpa: Der Leiter der Baltikum Abteilung im Auswärtigen Amt, von Grundherr, bestellte ihn zu sich und mißbilligte entschieden, daß in Litauen ohne Wissen des Amtes eine Regierung gebildet worden sei. Am 25. Juni wurde Schkirpa zur Gestapo bestellt, wo ihm Kommissar Legat mitteilte, er stehe unter Hausarrest: Der Schkirpa wandte sich an die Abwehr, ohne Erfolg. Niemand wollte mit ihm sprechen. Er bat Generalfeldmarschall von Brauchitsch, den Oberbefehlshaber des Heeres, in einem Telegramm um die Erlaubnis, zur Beisetzung einiger gefallener LAF Mitglieder nach Litauen reisen zu dürfen – umsonst. Im Ostland war kein Platz für einen litauischen Premier.

Auf der Bühne erschien der Flügel. Am Flügel saß Peter Kleist. Als Klavierstimmer hatten Leutnant Kurmis und Major Greffe vom Sicherheitsdienst der SS den litauischen Armeegeneral Stasys Raschtikis erkoren, den Schkirpa zum Verteidigungsminister ernannt hatte. Sie erklärten ihm, er sei den Deutschen als guter Litauer und Soldat bekannt, und brachten ihn zu einer Villa in der Kurfürstenstraße, wo Kleist auf dem scheppernden, zimtfarbenen Flügel ein leichtes Begrüßungsintermezzo spielte. Greffe pochte leise, als Zeichen seiner Zustimmung, mit zwei Fingern auf dem Tisch. General Raschtikis hörte zu. In seinen Memoiren versucht er mühsam, seinen Bruch mit Schkirpa zu erklären. Er habe sich, ganz nach der Art englischer Gentlemen, nicht von Schkirpa verabschiedet, als er von Berlin nach Litauen fuhr. Es stimmt, daß englische Gentlemen vom Tisch aufstehen, wann es ihnen beliebt, aber Raschtikis reiste auf Befehl der Gestapo nach Litauen.

Vor dem Abflug am 27. Juni 1941 hatte sich am Flughafen Tempelhof schon eine Gruppe von Passagieren versammelt: zwei Letten, ein Este und ein Litauer, alle in Begleitung von SS Männern. General Raschtikis stellte zufrieden fest: „Für jede Nationalität gab es zwei Begleiter. Mich begleitete Dr. Greffe in der Uniform eines Majors der Waffen SS. Den Esten und die beiden Letten begleiteten Offiziere niederen Ranges. Der Este entpuppte sich als Dr. Mee, der später von den Deutschen zum Ersten Generaldirektor in Estland ernannt wurde Raschtikis war überzeugt, daß die Deutschen ihn ebenfalls zum Ersten Generalberater ernennen würden.“

Bei seiner Ankunft in Kaunas sah der General seine aus der Haft befreite Frau wieder, die 1940 nach seiner Flucht aus Litauen vom NKWD verhaftet worden war, während man ihren Mann zum Vaterlandsverräter erklärt hatte. Danach hatten die Russen seine minderjährigen Töchter zusammen mit anderen Angehörigen nach Sibirien verschleppt. Was mit Raschtikis nach dem Wiedersehen mit seiner Frau geschah, ist nicht geklärt: Hat er, um das Schicksal seiner Töchter fürchtend, die ihm von den Deutschen übertragene Funktion abgelehnt, oder ließ ihn die Gestapo fallen, als sie erfuhr, daß sich seine Kinder in der Sowjetunion befanden? So oder anders, Raschtikis wurde kein Kriegsverbrecher, und seine Memoiren mit dem bescheidenen Titel „Im Kampf um Litauen“ prangen heute in den Regalen litauischer Buchhandlungen.

Die Russen betrachteten das Baltikum lediglich als ein politisch unzuverlässiges Vorfeld, in dem keine entscheidenden Abwehrschlachten geschlagen werden konnten. Unzweifelhaft gehörte die Verteidigung von Kaunas nicht zu den Aufgaben der Roten Armee. Schon am ersten

Kriegstag um 12 Uhr mittags verließen die damaligen Führer Sowjet Litauens, der Apparat des ZK der KP Litauens und der Apparat des NKWD und NKGB Litauens, die Stadt mitsamt den Truppen des NKWD, die sich noch eine Woche zuvor an der Deportation friedlicher Bürger beteiligt hatten.

Zu den Aufgaben der sogenannten Division Brandenburg gehörten auch von der Abwehr vorbereitete getarnte Unternehmen im Rücken der feindlichen Front. Sie mußten alle für die eigene Kriegsführung wichtigen Brücken, Eisenbahnknotenpunkte und Industrieanlagen vor Zerstörung durch den Feind bewahren. Um diese Aufgaben ... zu erfüllen, wurden einen Tag nach Kriegsbeginn Fallschirmgruppen aus der litauischen Einheit der Division Brandenburg abgesetzt. An der Spitze einer dieser Gruppen stand der Pilot und Reserveleutnant Dschenkajtis, Mitglied der LAF. Er sollte mit seinen Saboteuren, getarnt durch Mäntel der Roten Armee, die Brücke über den Nemunas einnehmen. Weil die Rote Armee sie für den Rückzug aus dem Grenzrayon benötigte, war sie noch unzerstört. Bei einem Feuergefecht um die Brücke wurde Dschenkajtis getötet. Seine Soldaten legten die sowjetischen Mäntel ab und trugen Zivil, aber mit der weißen Armbinde, die sie als freiwillige Widerstandskämpfer bezeichnen sollte. Die Brücke über die Neris wurde von einer anderen Sabotagegruppe erobert. Den Befehl hatte sie von dem Rundfunksender Brandenburg erhalten. Vereinzelt eröffneten die LAF Männer ungeordnet und unorganisiert das Feuer auf fliehende Einheiten eines sowjetischen Baubataillons. In der Regel schossen sie aus Fenstern, von den Dächern und von den Torbögen.

Diese Scharmützel – das, was man den „Aufstand“ nannte – hatten keinerlei Bedeutung für die militärische Lage. Für die Einnahme von Kaunas wurde der deutsche Generaloberst Wilhelm von Kuchler mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet. Er hatte die Rote Armee durch ein Umgehungsmanöver gezwungen, die Stadt kampfflos zu räumen. Den deutschen Angriffstruppen folgten unmittelbar die Einsatzgruppen des SD, um die „bolschewistischen Elemente“ und die Juden zu liquidieren. Doch wer zu den Bolschewiki zählte, war schon vorher entweder evakuiert worden oder zu den Partisanenabteilungen gegangen. In den Städten und Dörfern blieben jedoch die Juden zurück. Über Jahrhunderte hinweg hatten sie keinen bewaffneten Kampf geführt und in einer anderen Welt gelebt. Doch am 23. Juni 1941 um 10 Uhr morgens, als Radio Kaunas die Bildung der vorläufigen Regierung bekanntgab, erklärte der Vertreter der LAF, Prapuolenis, in einer Ansprache an das litauische Volk: „Litauen muß ...“ Diese Worte fielen vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Kaunas und vor der Ankunft der SD Einsatzgruppen, die den Truppen folgten.

Kurz darauf kommt es zu einem *Judenpogrom in Vilijampole, einem jüdischen Wohnviertel in Kaunas*. Der Kopf eines grausam ermordeten Rabbiners wird in einem Fenster zur Schau gestellt. Es folgen Pogrome in anderen Stadtvierteln.

Allein in der Nacht vom 25 auf den 26, Juni werden von „litauischen Freiwilligen“ mehr als 1.500 Juden ermordet, viele Synagogen angezündet, 60 Gebäude, die Juden gehörten, zerstört. In der Nacht darauf werden etwa 2.300 Juden auf bestialische Art niedergemetzelt. Mit ihren Foltermethoden übertreffen die litauischen Schüler häufig noch ihre Lehrer vom deutschen SD.

Die Männer mit den weißen Armbinden schleppten die Juden in die Garage auf dem Vytautas Prospekt. Sie griffen sie von der Straße weg oder zerrten sie aus ihren Wohnungen. In der Garage steckten sie den Juden die Wasserschläuche in den Mund. Der Wasserstrahl, der sonst für die Autowäsche benutzt wurde, stand unter starkem Druck. Die Opfer wurden solange mit Wasser vollgepumpt, bis ihre Därme zerrissen und sich die Eingeweide zusammen mit dem Wasser auf den Asphalt ergossen, wo die Juden unter den Hetzrufen der Menge unter Qualen starben.

An einer anderen Stelle in der Stadt stand ein hübscher junger Mann mit hellen Locken inmitten einer Blutlache. Er hielt eine schwere Brechstange in der Hand. Vor ihm aufgereiht jüdi-

sche Einwohner, die ihren Tod erwarteten. Rund herum hatten sich Männer mit weißer Armbinde postiert. Sie richteten ihre Gewehre auf die Gefangenen und führten sie dem jungen Mann zu, der mit einem Schlag einem Opfer nach dem anderen den Kopf einschlagen mußte. Wenn ihm dies auf Antrieb gelang, spendete eine gaffende Menge Applaus. War ein zweiter Schlag nötig, piff die Menge.

Die volle Verantwortung für diese Morde, die im Juli/August 1941 von „litauischen Freiwilligen“ verübt wurden, trägt die „Litauische Regierung“, die von Schkirpa in Berlin geschaffen, binnen weniger Tage in Kaunas reorganisiert und am 5. August 1941 von der deutschen Besatzungsmacht wieder aufgelöst wurde, also jene Regierung, die nach ihrer eigenen Erklärung das Territorium Litauens voll kontrollierte (Bereits in den ersten Tagen der deutschen Besatzung hatte die litauische Polizei in allen Rayons befohlen, daß die Juden den gelben Stern tragen mußten und nicht mehr die Gehsteige benutzen dürften). ***Laut dem sogenannten Jäger-Bericht (SD Einsatz-Kommando 3) wurden durch Pogrome und Exekutionen von den „freiwilligen Kämpfern“ 4.000 Juden in Litauen bis zum 1. Dezember 1941 ermordet***, nach anderen Berichten mehr ...

In den Tagen nach dem 22. Juni 1941 waren Tausende von Litauern in den Städten auf die Straße gegangen, um die roten Fahnen, das Symbol des sowjetischen Besatzungsregimes, abzunehmen. Auf ihren Häusern und auf den öffentlichen Gebäuden hißten sie die Nationalflagge. Viele begrüßten die deutschen Truppen in dem Glauben, daß sie dem litauischen Volk Freiheit und Unabhängigkeit brächten. Doch die deutschen Nationalsozialisten zerstörten diese Träume. Ihre Helfershelfer, die litauischen Faschisten, stahlen dem Volk den Tag, welcher der Tag der Befreiung von der sowjetischen Besatzung hatte werden sollen. Sie machten daraus den ersten Tag der Ausrottung der litauischen Juden. Bis zum 1. Dezember 1941 waren schon insgesamt 137.346 Juden ermordet (Jäger-Bericht).

Im August 1941 wurde anstelle der aufgelösten Regierung der ehemalige General der litauischen Armee, Kubiljunas, zum Ersten Generalberater des deutschen Kommissars in Litauen, von Renteln, ernannt (Kubiljunas war der Generalsrang schon 1934 von der Regierung Smetona wegen faschistischer Verschwörung aberkannt worden). Der Exgeneral spielte eine besondere Rolle bei den Judenmorden, die nunmehr von den deutschen Einsatzgruppen im großen Stile verübt wurden, wobei sie sich der „litauischen Freiwilligen“ bedienten. ***Schon am 4. Oktober 1941 wurden mehrere Hilfspolizeibataillone sogar nach Weißrußland geschickt, wo sie an der „Räumung“ der Ghettos in Minsk und anderen Städten mitwirkten***. Der deutsche Gebietskommissar in Sluzk berichtete, daß die ***Litauer dort „mit einer unbeschreiblichen Brutalität“ gegen die Juden vorgegangen*** seien. Kubiljunas hatte seinen Männern zuvor „besten Erfolg im Kampf gegen den Bolschewismus“ gewünscht.

Vor der Entsendung eines dieser Bataillone, das zum „Wachdienst“ im Vernichtungslager Majdanek bestimmt war, wurde ein Befehl mit dem „Segen“ Kubiljunas verlesen. ***Eines seiner Polizeibataillone war 1943 bei der Vernichtung des Warschauer Ghettos dabei und wurde berüchtigt durch seine Grausamkeit. Die litauischen Polizisten schleppten Frauen, Kinder und Greise aus den Bunkern, wo sie sich versteckt hatten, und brachten sie draußen um: zuerst die Kinder, dann die Frauen und schließlich die Greise. „Der 22. April 1943 war für uns einer der schrecklichsten Tage“***, erinnerte sich in einer deutschen Fernsehsendung eine Überlebende des Ghettoaufstandes. „Dieser Tag begann mit dem Schreckensruf: Die Litauer kommen!“ Alle diese freiwilligen Polizeisolddaten, „Aktivisten“ und „Partisanen“ hatten sich zuvor als Judenmörder in Kaunas, Vilnius und anderen litauischen Städten und Dörfern in den ersten Tagen des sogenannten Aufstandes einen Namen gemacht. Als sie die litauische Hymne sangen, da sangen sie im Anblick der Leichen der von ihnen ermordeten Menschen.

Wahrscheinlich zum letzten Mal in jenen Jahren erscholl die Hymne, als am 17. Mai 1944 siebzehn junge Litauer aus dem 306. Bataillon der sogenannten örtlichen Verteidigung, die den Deutschen den Wehrdienst verweigert hatten, an einem Graben in Paneriai vor den Gewehrläufen von SS Männern standen. Dann lagen sie in dem Graben, in dem schon die Juden

lagen. Ihnen folgten Kameraden aus anderen Bataillonen, die sich ebenfalls gegen die Deutschen erhoben hatten.

Der wirkliche Aufstand der Litauer fand erst fünfzig Jahre später statt, als die Einwohner von Vilnius vor dem Fernsehzentrum standen und ihr Parlament vor sowjetischen Sicherheitstruppen schützten. Das Rot ihrer Fahnen zeugte jetzt nur noch von dem Blut, daß die Litauer für ihre Freiheit vergossen haben.

(im obigen Text fehlen leider einzelne Worte)



02.09.1998

Kriegsverbrecherprozess in Litauen erneut vertagt:

Parlament in Wilna schoss sich ein Eigentor

Der einzige jüdische Parlamentarier in Litauen Imanuel Singer schien positiv gestimmt, als er der JR am Rande der Eröffnung des AJC-Büros im Frühjahr verkündete: „Aleksanras Lileikis wird angeklagt“. Der 91 jährige Leiter der litauischen Sicherheitspolizei „SAUGUMAS“ wird beschuldigt als Nazikollaborateur in Wilna an Judenmorden beteiligt gewesen zu sein.



Ein Gesetz, das vom Parlament in Wilna, dem SEIMAS, verabschiedet wurde, hatte nicht wie anfangs verkündet, die Fortführung des Prozesses zur Folge. Wie sich nunmehr herausstellt, war dieses Gesetz, welches ein Prozess gegen den 1996 aus den USA ausgebürgerten Angeklagten ermöglichen sollte, reichlich zahnlos.

In dieser Vorgangsweise scheint ein gewisses System zu stecken. Richter Viktoras Kazhys bestätigte auf Anfrage der JR, der Prozess würde nunmehr auf den 9.9 vertagt.

„Sollte Lileikis tatsächlich erscheinen, wäre der Prozess in ein oder zwei Wochen“ vorbei sagte der Richter Jonathan Leff von REUTERS. Eine eingehende Untersuchung der körperlichen Verfassung des Angeklagten dürfte nach Ansicht von Experten wesentlich länger dauern.

Laut Angaben des OSI (Office of Special Investigation) in den USA können dem 91-jährigen 75 Fälle direkt nachgewiesen werden, bei den er so genannte „Todeskarten“ unterschrieb. Wenn die Medien Litauens die Stimmung der Bevölkerung getreu wiedergeben, so dürfte die Mehrheit die Verbrechen des Mörders nicht verstehen. Die Anwälte des pensionierten Mitarbeiters der litauischen „Bostoner Encyclopädie“ verstanden es geschickt, die Medien für ihre „Sache“ zu nutzen. In diesem Zusammenhag wurde sogar John Demjanjuk als „Opfer“ stilisiert. Lileikis weist jede Schuld beharrlich von sich.

Mehr als 94 % der etwa 220.000 Juden in Litauen wurden im 2. Weltkrieg von den Nazis und ihren litauischen Helfern ermordet.

Efraim Zuroff, Leiter des Wiesenthal Centers in Jerusalem sieht in der neuerlichen Verschiebung einen Beweis für die Zurückhaltung der Behörden in Wilna, die Kollaborateure am Massenmord an den Juden in Litauen zu verfolgen. „Anstatt die Rolle der Täter am Holocaust anzuerkennen, verdrängen Litauische Behörden lieber die historische Realität in Bezug auf ihr Land während der SHOAH. Betrachtet man das Ausmaß dieser Kollaboration, ist dieses Verhalten mehr als unglücklich“ sagte Zuroff der JR.



30.10.1998

Grausamkeiten einer Nazi-Mordeinheit:

Weitere Ausweisung eines litauischen Nazi-Kollaborateurs aus den USA steht bevor

Das US-Justizministerium hat am Donnerstag Schritte gegen den 80jährigen Bauingenieur Kazys Ciurinskas eingeleitet.

„Ciurinskas hat an schrecklichen Grausamkeiten einer Nazi-Mordeinheit teilgenommen. Wir erwarten , daß er so schnell wie möglich aus diesem Land ausgewiesen wird“, sagt Eli Rosenbaum , Chef des Office of Special Investigation, der offiziellen US-„Nazijäger“-Einheit. Ein Berufungsgericht in Chicago hatte schon früher Ciurinskas‘ Staatsbürgerschaft aberkannt. 1949 kam der Nazi-Kollaborateur über Deutschland in die Vereinigten Staaten, wo er 1955 eingebürgert wurde. Er lebte friedlich bis zu seiner Enttarnung in Hammond, Indiana.

Die US-Behörden drückten wohl ab dem Jahre 1947 mehr als ein Auge zu, gleiches gilt für die kanadischen und die Behörden „down under“, in Australien. „Mit Beginn des kalten Krieges waren diese Leute als gute Antikommunisten willkommen“ sagt Simon Wisenthal verbittert. Wiederholte Proteste führten erst in den Siebziger-Jahren zur Einrichtung des OSI in den Vereinigten Staaten. In Kanada wurde erst im Vorjahr überhaupt die Suche nach Nazi-Kriegsverbrechern eingeleitet, nachdem ein Privatdeketiv namens Steve Rambam hunderte Fälle von friedlich lebenden Teilnehmern an Mordkommandos aufdeckte. Einer lebte sogar in jüdischer Nachbarschaft.

Australien hatte erst kürzlich den Fall Kalejs „aus Mangel an Beweisen“ fallenlassen. Der Lette gehörte dem für seine Grausamkeit berüchtigten „Arajs Kommando“ an. Bei Ciurinskas war es vom Gericht als erwiesen geshen worden, daß der Angeklagte der zweiten Schutzmannschaft bei den in Litauen eingerichteten Hilfspolizeieinheiten diente. Allein im Juli 1941 brachte die Einheit etwa 100.000 Zivilisten um, die meisten unter Ihnen Juden oder auch Personen, die verdächtigt wurden, Kommunisten zu sein. Die meisten Opfer waren Frauen und

Kinder. Die Mordtaten wurden in Litauen und Teilen des damaligen Weissrussland durchgeführt.

Im Februar 1997 hatte „Der Spiegel“ berichtet, Ciurinskas hätte seit 1966 eine deutsche Invaliden-Rente von etwa 900 SFR bezogen (ca. 7.800 ATS). Berichte wie der erwähnte führten zu einer Protestwelle, da die Opfer der Shoah in Osteuropa meist leer ausgingen. Die Kampagne gipfelte in einer Anzeige des American Jewish Committee, in der nebeneinander ein Täter und ein Opfer abgebildet wurde, wobei der Täter seine Hand zum Hitlergruss streckte. "Wer der beiden kriegt eine Rente aus Deutschland?" fragte der Text im May 1997. Erst Anfang 1998 wurde eine Lösung für Holocaust-opfer gefunden, deren Umsetzung jedoch noch viele Fragen offenlässt.

Seit 1979 wurden insgesamt 61 Fälle von Personen, die falsche Angaben bei ihrer Einreise in die USA machten, vom OSI den US-Behörden übermittelt. 48 Personen wurde seither die Staatsbürgerschaft der Vereingten Staaten aberkannt.

SLW



12.11.1998

Der Lileikis Prozess in Wilna:

In Litauen werden Kriegsverbrecher weiterhin ruhig schlafen

Die „Kalte Amnestie“ wird in Litauen nicht ausgesprochen, sie wird praktiziert. Der erste Prozess gegen Nazi-Kollaborateure in der ehemaligen UdSSR dürfte auch der letzte sein. Die juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen in der Nazi-Zeit hat in Litauen gerade erst begonnen – 53 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Doch das erste Verfahren in Wilna droht in einem juristischen Fiasko zu enden.

Angeklagt ist der heute 92jährige Aleksandras Lileikis. Der frühere Leiter der litauischen Sicherheitspolizei „SAUGUMAS“ soll in den Jahren 1941-44 so genannte „Todeskarten“ unterzeichnet haben, die zur Verhaftung und anschließenden Deportation litauischer Juden nach Auschwitz und nach Ponar, 15 km außerhalb von Vilnius geführt hatten.

Laut Eli Rosenbaum vom Office of Special Investigation in den USA ist der Lileikis-Fall einer der am besten dokumentierten in der Geschichte seiner Behörde. Die Anklage geht davon aus, daß Lileikis für den Mord an Tausenden von Menschen verantwortlich ist.

Über Deutschland gelangte Lileikis im Jahre 1946 in die USA. Fast 50 Jahre lang konnte er eine bürgerliche Existenz in der Nähe von Boston aufbauen. Nach jahrelangen Verfahren vor US-Gerichten wurde Lileikis im Jahre 1996 die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt. Im Juni 1996 reiste er nach Litauen, wo er bis März 1998 unbehelligt blieb: Die vom Justizministerium in Wilna ernannte erste Ärztekommision erklärte den Angeklagten für verhandlungsunfähig, womit der Prozeß als gescheitert angesehen werden mußte.

Die Lex Lileikis schien aber dem offiziellen Image Litauens zu schaden, so dass einige Politiker krampfhaft um Lösung suchten. Ein vom Seimas, dem litauischen Parlament verabschiedetes Gesetz ermöglichte die Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ohne

Rücksichtnahme auf den Gesundheitszustand des Angeklagten. Im August jedoch wies das Parlament die Causa Lileikis zurück: Das Gesetz galt nur für Untersuchung und Anklageerhebung.

So setzte das Gericht eine neue Ärztekommision, die Lileikis am 12. Oktober für bedingt verhandlungsfähig erklärte. Die Verantwortung mochte die Ärztekommision nicht alleine auf sich nehmen, und so wurde diese mit dem Gericht geteilt. Am Donnerstag letzter Woche war es soweit. Der erste Kriegsverbrecherprozeß in Litauen begann.

Der Angeklagte, Aleksandras Lileikis, wurde im Rollstuhl in den Gerichtssaal gefahren. Für einen Moment richteten sich alle Blicke auf ihn. Alle Gespräche verstummten, die Richternestelten nervös an den Bindfäden ihrer Akten. Hinter Lileikis trat seine Tochter ein, die eigens aus Chicago zum Prozeß gekommen war.

Lileikis schien von der Umwelt nicht viel wahrzunehmen, sein Gesicht war fahl, eine Halskrause stützte seinen Kopf. „Ein unwürdiges Schauspiel“, meinte einer der Gerichtsreporter.

Als die Richter Lileikis die Frage stellten, ob er sich im Sinne der Anklage für schuldig halte, sagte dieser: „Ich habe mich mein ganzes Leben als Patriot für Litauen eingesetzt“. Dann betete er murmelnd, aber doch vernehmbar das „Vater unser“.

Waren es die paar Worte, die den 92jährigen so angestrengt hatten, war es die Aufregung, jetzt noch für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden, die Lileikis husten ließen? Er schien kaum noch Luft zu bekommen. Sanitäter fuhren ihn aus dem Gerichtssaal und brachten ihn zurück ins Krankenhaus. Die Verhandlung wurde vertagt.

Am Montag mußte die Verhandlung auf neue und auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Der Kranke ist nicht verhandlungsfähig. Daß es genau zu diesem Ende des Prozesses kommen würde, hatten Vertreter der kleinen jüdischen Gemeinde in Wilna schon vorhergesehen. „Wir haben das Gefühl, hier wird eine biologische Lösung angestrebt“, sagte einer ihrer Vertreter vor dem Gerichtsgebäude. „Warum kann man nicht in Abwesenheit von Lileikis gegen ihn verhandeln? Er wird nie wieder in den Gerichtssaal zurückkehren. Und das ist das Ende der litauischen Kriegsverbrecherprozesse.“

Ähnlich wie in Polen herrscht auch in Litauen bei vielen Menschen das Gefühl vor, „ihre Tragödie“ werde von der Weltöffentlichkeit nicht oder kaum wahrgenommen. Der Holocaust hingegen sei ständig Thema Nummer eins. Dieses Gefühl der Nichtanerkennung des eigenen Leids hat in Litauen aber zu einer merkwürdigen Verteidigungshaltung geführt. Dem „jüdischen Genozid“ wird seit einiger Zeit der „litauische Genozid“ gegenübergestellt, der eine verübt von den Nationalsozialisten, der andere von den Stalinisten.

In der litauischen Öffentlichkeit wird der „Fall Lileikis“ unterschiedlich bewertet. Die in Litauen auflagenstärkste Tageszeitung Lietuvos Rytas hat sogar in Amerika eine Frau ausfindig machen können, die behauptet, von Lileikis gerettet worden zu sein. Markas Zingeris, ein in Litauen bekannter jüdischer Schriftsteller schrieb allerdings einige Zeit später in derselben Zeitung, daß er die „Aussage von Shifra Grodnik für irrelevant für den weiteren Prozeßverlauf“ halte: „Sie macht die Morde des Aleksandras Lileikis damit nicht ungeschehen.“

Im Gerichtssaal gab es einige Demonstranten, die ihre Interessen der Öffentlichkeit nahe bringen wollten. So hat sich eine „Nationalistische Einheitsunion Litauens“ mit ihrem Anführer Mindaugas Murza präsentiert. Die Bewegung formierte sich in Siauliai, wo es eine lange Tradition nazistischer Bewegungen gibt. Die „Schützen von Siauliai“ waren als besonders fanatische Judenmörder berüchtigt.

Die sowjetische Besetzung im Jahre 1940 liess für die meisten Litauer die Deutschen als das geringere Übel den Sowjets gegenüber erscheinen. Massenhafte Deportationen von Litauern nach Sibirien hatten den Hass auf die Sowjet-Besatzer angefacht. Einige „Deportierten“ in Litauen machen in ihren öffentlichen Reden Juden für alles Unglück der Litauer verantwortlich.

Der im Januar 1998 gewählte Präsident Valdas Adamkus, der über 50 Jahre in den USA lebte versprach, die Untersuchungen zügiger voranzutreiben und betont immer wieder die Entschlossenheit der staatlichen Behörden, mit Verbrechern im Solde der Nazis juristisch fertig werden zu wollen. Die litauischen Behörden sind jedoch offensichtlich ein anderes Arbeitstempo gewöhnt; so wurden sie vom Office of Special Investigation immer wieder um Mitarbeit ersucht.

Ein „Zentrum für Erforschung des Genozids und Widerstandes“ weigerte sich beharrlich, Akten zu suchen. Die Leiterin des Centers Dalia Kuodyte betont, ihr Zentrum wäre für Erforschung von Sowjetverbrechen zuständig. Die im Auftrag des Zentrums tätige Wissenschaftler betreiben gerne die Relativierung von Sowjet- und Naziverbrechen, auch „Symmetrie“ genannt.

Der Fall Lileikis wird früher oder später biologisch gelöst. Die Auseinandersetzung mit der dunklen Seite der Geschichte wird im Postkommunismus aber noch etwas dauern.

SLW Baltic News Watch



12.11.1998

Erster Prozeß gegen Kriegsverbrecher:

Litauen scheut den Blick zurück

Israel wirft dem baltischen Staat vor, er drücke sich vor einer Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit und verzögere die Verfahren

Von Frank Nienhuysen



Lileikis wird von seiner Tochter Aldona zum Gericht begleitet. Die Tochter kam zum Prozess eigens aus Chicago gereist.

Der Auftritt dauerte nur zehn Minuten. Für den 91 Jahre alten Angeklagten blieb gerade genügend Zeit, um seinen Namen zu bestätigen und seine Unschuld zu beteuern; dann begannen seine Hände zu zittern, er sprach das Vaterunser und rang nach Luft. Aleksandras Lileikis erlitt eine Herzattacke. In seinem Rollstuhl wurde er vom Gerichtssaal aus in ein Krankenhaus

in der litauischen Hauptstadt Vilnius gebracht, und niemand weiß, ob er jemals wieder zurückkehren wird an diesen Ort, wo über ihn gerichtet werden soll.

Viele Beobachter hatten aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes von Lileikis ohnehin nicht damit gerechnet, daß er tatsächlich der Anhörung in Vilnius folgen würde, um sich persönlich gegen die Beweislast zu stemmen, die so drückend auf ihm liegt. Lileikis war von 1941 bis 1944 während der deutschen Besatzungszeit Chef der litauischen Sicherheitspolizei in Vilnius, der so genannten Saugumas. Damals soll er litauische Juden zur Deportation nach Auschwitz an die deutschen Behörden ausgeliefert haben, Hunderte, Tausende vielleicht.

Etwa 50 Jahre hatte Lileikis nach dem Krieg unbehelligt im US-Städtchen Norwood, Massachusetts, gelebt, ehe die Anschuldigungen gegen ihn ans Licht kamen und die USA dem mutmaßlichen Kriegsverbrecher 1995 die Staatsbürgerschaft aberkannten. Noch bevor die Vereinigten Staaten ihn ausweisen konnten, setzte Lileikis sich in seine Heimat Litauen ab. Dort tut man sich mit dem neuen Staatsbürger äußerst schwer.

Zwei Jahre lang dauerten die Untersuchungen der litauischen Behörden, bis schließlich im März Anklage gegen Lileikis erhoben wurde. Immer wieder aber wurden die Verhandlungen verschoben, weil der Gesundheitszustand Lileikis' dessen Teilnahme nicht zuließ. Lileikis bestreitet die Vorwürfe. Im Gerichtssaal, unmittelbar vor seinem Anfall, sagte er noch: „Ich habe keine Kraft mehr, aber ich hoffe, daß meine vollständige Unschuld anerkannt wird.“ Die Staatsanwaltschaft stützt ihre Anklage auf Dokumente, die belegen sollen, daß Lileikis die Übergabe von Juden an die Exekutionskommandos der Nazis verfügt habe. Die Verteidiger des Angeklagten dagegen behaupten, die Papiere seien vom Geheimdienst KGB gefälscht worden. Tatsächlich habe Lileikis im Untergrund gegen die deutschen Besatzer gekämpft.

Ein ganzes Land in der Kritik

Doch in dem Prozeß, dem ersten gegen einen mutmaßlichen Kriegsverbrecher in den baltischen Staaten, geht es um mehr als um die persönliche Schuld des kranken Greises. Ein ganzes Land steht in der Kritik; eines, von dem viele behaupten, es schaue seit Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit 1991 ausschließlich nach vorn und scheue den Blick zurück in die eigene Geschichte. Israel, die USA sowie mehrere jüdische Organisationen haben Litauen mehrmals vorgeworfen, an der Aufarbeitung von Verbrechen während der deutschen Besatzungszeit wenig interessiert zu sein. „Litauen behandelt den Fall sehr zögerlich“, sagt Efraim Zuroff, Direktor des Jerusalemer Simon-Wiesenthal-Zentrums der SZ. „Es ist ein typisches postkommunistisches Land, das sehr viel mehr mit der kommunistischen Vergangenheit beschäftigt ist als mit der Kollaboration während der Nazi-Zeit. Nur sehr wenige Litauer wollen sehen, wie ein Litauer wegen Mordes an Juden verurteilt wird.“ Mehr als 95 Prozent der 220.000 Juden, die vor dem Zweiten Weltkrieg in Litauen lebten, sind bis 1945 getötet worden, „und die meisten durch Litauer“, sagt Zuroff.

Im März 1995 bat der damalige litauische Präsident Algirdas Brazauskas in der israelischen Knesset um Vergebung für die von Litauern während des Zweiten Weltkrieges begangenen Verbrechen, und versprach, daß er gegen die in Litauen lebenden Kriegsverbrecher konsequent vorgehen werde. Zwei Jahre später wurde Brazauskas in einem Schreiben von 92 Knesset-Abgeordneten an sein Versprechen erinnert. Auch etwa 30 Mitglieder des US-Repräsentantenhauses erhöhten mit Petitionen den Druck auf den Baltenstaat, eine Anklage gegen Lileikis zu erheben.

Dies zeigte Wirkung. Durch eine Gesetzesänderung wurde das Verfahren auch bei Abwesenheit des Angeklagten ermöglicht. Dennoch sind die Verhandlungen mehrmals verschoben worden, zuletzt an diesem Montag. Lileikis' Anwälten zufolge muß der Prozeß mindestens um ein halbes Jahr unterbrochen werden, falls sich die Gesundheit des Greises zwischenzeitlich nicht bessere. Der litauischen Führung ist die Diskussion über die wiederholte Verschie-

bung des Gerichtsverfahrens sichtlich unangenehm, doch Präsident Valdas Adamkus wehrt sich gegen den Vorwurf, der Prozeß werde von den Behörden gezielt verschleppt.

Hoffen auf die „natürliche Lösung“

Zuroff sieht seine These hingegen bestätigt, daß dem Staat eher an einer natürlichen Lösung des Falles gelegen ist. „Jeder Tag, der vergeht, bringt Lileikis dem Tod näher“, sagt Zuroff. Vielleicht aber kommt es noch zur Verurteilung in einem ähnlichen Prozeß. Vor zwei Wochen erhob die Staatsanwaltschaft in Vilnius Anklage gegen den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Kazys Gimzauskas. Er gehörte während des Zweiten Weltkrieges der Geheimpolizei in der litauischen Hauptstadt an, als Stellvertreter Lileikis'. Auch Gimzauskas soll in den vierziger Jahren an der Deportation litauischer Juden mitgewirkt haben, auch er bestreitet dies, und auch er ist bereits 91 Jahre alt.

SZonNet: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutscher Verlag GmbH, München



12.11.1998

Der Lileikis Prozess in Wilna:

In Litauen werden Kriegsverbrecher weiterhin ruhig schlafen

Die „Kalte Amnestie“ wird in Litauen nicht ausgesprochen, sie wird praktiziert. Der erste Prozess gegen Nazi-Kollaborateure in der ehemaligen UdSSR dürfte auch der letzte sein. Die juristische Aufarbeitung von Kriegsverbrechen in der Nazi-Zeit hat in Litauen gerade erst begonnen – 53 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Doch das erste Verfahren in Wilna droht in einem juristischen Fiasko zu enden.

Angeklagt ist der heute 92jährige Aleksandras Lileikis. Der frühere Leiter der litauischen Sicherheitspolizei „SAUGUMAS“ soll in den Jahren 1941-44 so genannte „Todeskarten“ unterzeichnet haben, die zur Verhaftung und anschließenden Deportation litauischer Juden nach Auschwitz und nach Ponar, 15km außerhalb von Vilnius geführt hatten.

Laut Eli Rosenbaum vom Office of Special Investigation in den USA ist der Lileikis-Fall einer der am besten dokumentierten in der Geschichte seiner Behörde. Die Anklage geht davon aus, dass Lileikis für den Mord an Tausenden von Menschen verantwortlich ist.

Über Deutschland gelangte Lileikis im Jahre 1946 in die USA. Fast 50 Jahre lang konnte er eine bürgerliche Existenz in der Nähe von Boston aufbauen. Nach jahrelangen Verfahren vor US-Gerichten wurde Lileikis im Jahre 1996 die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt. Im Juni 1996 reiste er nach Litauen, wo er bis März 1998 unbehelligt blieb: Die vom Justizministerium in Wilna ernannte erste Ärztekommision erklärte den Angeklagten für verhandlungsunfähig, womit der Prozess als gescheitert angesehen werden musste.

Die Lex Lileikis schien aber dem offiziellen Image Litauens zu schaden, so dass einige Politiker krampfhaft um Lösung suchten. Ein vom Seimas, dem litauischen Parlament verabschiedetes Gesetz ermöglichte die Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ohne Rücksichtnahme auf den Gesundheitszustand des Angeklagten. Im August jedoch wies das

Parlament die Causa Lileikis zurück: Das Gesetz galt nur für Untersuchung und Anklageerhebung.

So setzte das Gericht eine neue Ärztekommision, die Lileikis am 12. Oktober für bedingt verhandlungsfähig erklärte. Die Verantwortung mochte die Ärztekommision nicht alleine auf sich nehmen, und so wurde diese mit dem Gericht geteilt. Am Donnerstag letzter Woche war es soweit. Der erste Kriegsverbrecherprozess in Litauen begann.

Der Angeklagte, Aleksandras Lileikis, wurde im Rollstuhl in den Gerichtssaal gefahren. Für einen Moment richteten sich alle Blicke auf ihn. Alle Gespräche verstummten, die Richternestelten nervös an den Bindfäden ihrer Akten. Hinter Lileikis trat seine Tochter ein, die eigens aus Chicago zum Prozess gekommen war.

Lileikis schien von der Umwelt nicht viel wahrzunehmen, sein Gesicht war fahl, eine Halskrause stützte seinen Kopf. „Ein unwürdiges Schauspiel“, meinte einer der Gerichtsreporter.

Als die Richter Lileikis die Frage stellten, ob er sich im Sinne der Anklage für schuldig halte, sagte dieser: „Ich habe mich mein ganzes Leben als Patriot für Litauen eingesetzt“. Dann betete er murmelnd, aber doch vernehmbar das „Vater unser“.

Waren es die paar Worte, die den 92jährigen so angestrengt hatten, war es die Aufregung, jetzt noch für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden, die Lileikis husten ließen? Er schien kaum noch Luft zu bekommen. Sanitäter fuhren ihn aus dem Gerichtssaal und brachten ihn zurück ins Krankenhaus. Die Verhandlung wurde vertagt.

Am Montag musste die Verhandlung auf neue und auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Der Kranke ist nicht verhandlungsfähig. Dass es genau zu diesem Ende des Prozesses kommen würde, hatten Vertreter der kleinen jüdischen Gemeinde in Wilna schon vorhergesehen. „Wir haben das Gefühl, hier wird eine biologische Lösung angestrebt“, sagte einer ihrer Vertreter vor dem Gerichtsgebäude. „Warum kann man nicht in Abwesenheit von Lileikis gegen ihn verhandeln? Er wird nie wieder in den Gerichtssaal zurückkehren. Und das ist das Ende der litauischen Kriegsverbrecherprozesse.“

Ähnlich wie in Polen herrscht auch in Litauen bei vielen Menschen das Gefühl vor, „ihre Tragödie“ werde von der Weltöffentlichkeit nicht oder kaum wahrgenommen. Der Holocaust hingegen sei ständig Thema Nummer eins. Dieses Gefühl der Nichtanerkennung des eigenen Leids hat in Litauen aber zu einer merkwürdigen Verteidigungshaltung geführt. Dem „jüdischen Genozid“ wird seit einiger Zeit der „litauische Genozid“ gegenübergestellt, der eine verübt von den Nationalsozialisten, der andere von den Stalinisten.

In der litauischen Öffentlichkeit wird der „Fall Lileikis“ unterschiedlich bewertet. Die in Litauen auflagenstärkste Tageszeitung Lietuvos Rytas hat sogar in Amerika eine Frau ausfindig machen können, die behauptet, von Lileikis gerettet worden zu sein. Markas Zingeris, ein in Litauen bekannter jüdischer Schriftsteller schrieb allerdings einige Zeit später in derselben Zeitung, dass er die „Aussage von Shifra Grodnik für irrelevant für den weiteren Prozeßverlauf“ halte: „Sie macht die Morde des Aleksandras Lileikis damit nicht ungeschehen.“

Im Gerichtssaal gab es einige Demonstranten, die ihre Interessen der Öffentlichkeit nahe bringen wollten. So hat sich eine „Nationalistische Einheitsunion Litauens“ mit ihrem Anführer Mindaugas Murza präsentiert. Die Bewegung formierte sich in Siauliai, wo es eine lange Tradition nazistischer Bewegungen gibt. Die „Schützen von Siauliai“ waren als besonders fanatische Judenmörder berüchtigt.

Die sowjetische Besetzung im Jahre 1940 ließ für die meisten Litauer die Deutschen als das geringere Übel den Sowjets gegenüber erscheinen. Massenhafte Deportationen von Litauern nach Sibirien hatten den Hass auf die Sowjet-Besatzer angefacht. Einige „Deportierten“ in Litauen machen in ihren öffentlichen Reden Juden für alles Unglück der Litauer verantwortlich.

Der im Januar 1998 gewählte Präsident Valdas Adamkus, der über 50 Jahre in den USA lebte versprach, die Untersuchungen zügiger voranzutreiben und betont immer wieder die Entschlossenheit der staatlichen Behörden, mit Verbrechern im Solde der Nazis juristisch fertig werden zu wollen. Die litauischen Behörden sind jedoch offensichtlich ein anderes Arbeitstempo gewöhnt; so wurden sie vom Office of Special Investigation immer wieder um Mitarbeit ersucht.

Ein „Zentrum für Erforschung des Genozids und Widerstandes“ weigerte sich beharrlich, Akten zu suchen. Die Leiterin des Centers Dalia Kuodyte betont, ihr Zentrum wäre für Erforschung von Sowjetverbrechen zuständig. Die im Auftrag des Zentrums tätige Wissenschaftler betreiben gerne die Relativierung von Sowjet- und Naziverbrechen, auch „Symmetrie“ genannt.

Der Fall Lileikis wird früher oder später biologisch gelöst. Die Auseinandersetzung mit der dunklen Seite der Geschichte wird im Postkommunismus aber noch etwas dauern.

SLW



09.12.1998

„Historikerkommision‘ zur Schönverfälschung:

Etikettenschwindel auf litauisch

Das Simon Wiesenthal-Center in Israel verlangt, dass der litauische Praesident Valdas Adamkus die internationale Kommission zur Bewertung der Verbrechen von Nazi- und sowjetischen Regimes, die diese Woche ihre Arbeit begann, auflöst oder zu diesem Zweck zwei extra Kommissionen bildet, die getrennt Verbrechen der Nazi- und Sowjetzeit erforschen solle.

Im Brief an den litauischen Staatschef behauptet der von vielen „Nazijäger“ genannte Direktor des Centers Efraim Zuroff, dass wenn beide Okkupationen verbunden werden, die Elemente im Lande stärker werden, die den von Litauern vollzogenen Judenmord während der Holocaust rechtfertigen wollen, indem sie die Verbrechen dadurch erklären, dass zahlreiche Juden an der Tätigkeit der kommunistischen Partei Litauens beteiligt waren.

„Wir meinen, dass diese Verbindung ernsthaft die litauisch-jüdischen Beziehungen beeinflussen und die Spannung zwischen den beiden Völkern verschärfen kann“, heißt es in der Erklärung des Wiesenthal-Centers.

Im Dokument wird ein Vorschlag eingebracht, zwei einzelne Kommissionen zu bilden: Eine für die Forschung der Naziverbrechen und der Beteiligung lokaler Kollaborateure, eine andere für die endgültige Klärung der Verbrechen des sowjetischen Regimes. Andernfalls sollte Litauen, nach Meinung des Centers, die heutige Kommission auflösen.

Präsident Valdas Adamkus weist diese Vorschläge des Simon Wiesenthal Centers zurück. Die Pressesprecherin des Staatschefs Violeta Gaizauskaite sagte, dass „die Position des Präsidenten im Dekret zur Bildung dieser Kommission und in seiner Rede im Verlauf der ersten Sitzung der Kommission dargestellt wurde.“

In der Sitzung am Dienstag sagte Valdas Adamkus, dass sowohl Litauen, als auch die internationale Gemeinschaft historische Gerechtigkeit verlangt. „Bis jetzt ist die Frage noch nicht endgültig beantwortet, was auf welcher Art und Weise und warum auf dem Territorium unse-

ren Staates während des 2. Weltkrieges passiert ist. Unsere Pflicht ist es, Antworten auf diese Fragen zu suchen. Deswegen laden wir Vertreter der Wissenschaft und der gemeinnützigen Organisationen aus anderen Ländern ein und hoffen auf effiziente Zusammenarbeit und objektive Einschätzungen“, sagte der litauische Staatschef.

Die am 7. September aufgrund des Dekrets vom Präsidenten V. Adamkus gebildete internationale Kommission leitet Parlamentarier Emanuelis Zingeris.

Der Angeordnete des Seimas wird vom Historiker Dov Levin als „Hof und Alibijude“ der Konservativen des Parlamentspräsidenten Landsbergis bezeichnet. Der Berater des jüdischen Angeordneten Palmaitis fiel mehrmals durch neonazistische Äußerungen auf...



2. von links Dr. Heinrich Neisser, Vizepräsident des Parlaments in Wien, daneben Emanuelis Zingeris, Parlamentsabgeordneter und „Hofjude“ in Litauen, daneben, Andrew Baker vom American Jewish Comitee bei der konstituierenden Sitzung der Kommission in Wilna Ende November. Bild: S.L.

Der internationalen Kommission gehören noch 14 Mitglieder an – Wissenschaftler aus Litauen, Israel, Russland, USA, Großbritannien, Deutschland, verschiedenen Organisationen und Vertreter von Präsidenten V. Adamkus. Der renommierte Historiker Martin Gilbert wird von Kollegen wie Dov Levin heftig für seine Teilnahme kritisiert. Andrew Baker vom American Jewish Comitee wird sich möglicherweise aus der Teilnahme zurückziehen, da die Relativierung revisionistischer Art langfristig vom AJC nicht vertreten werden kann.

Von Bnai Brith, deren Vertreter Mariaschin schon früher eigene Wege ging, ist Ähnliches nicht bekannt. Die internationale Kommission wird die Ereignisse in Litauen 1939 – 1991 erforschen und, wie von offizieller litauischer Seite betont wird ,objektiv die Verbrechen der Nazi- und Sowjetzeit beurteilen, bei der Litauer als Täter, aber auch als Opfer beteiligt waren.

Die fehlende Vorbereitung und der Etikettenschwindel, den die Bildung Der Kommission einherging, werden eher dem Image Litauens schaden. „Wissenschaftler“ wie der in Fachkreisen vollkommen unbekannt Joachim Tauber sind willige Feigenblätter. Dr. Joachim Tauber leitet ein Kulturarchiv. Seine erste öffentliche Auseinandersetzung mit der Shoah hatte Dr. Tauber im September 1997 in Nida. Tauber kann jedoch inzwischen leidlich Litauisch. Dov Levin, Überlebender und weltweit renommiertester Experte der Geschichte der Juden im Baltikum ist dem Präsidenten Litauens nicht genehm. In der Kommission wurde so kein einziger

Überlebender „LITVAK“ der Shoah berufen. Kritische Worte sind unerwünscht. Litauen sucht sich selber reinzuwaschen. Eine Hohle Geste mit wenig Wirkung. *slw*



07.02.1999

Lileikis und Gimzauskas frei:

Nazi-Kriegsverbrecherprozesse in Litauen enden, bevor sie beginnen

Die beiden Prozesse gegen den Leiter der litauischen Sicherheitspolizei Saugumas während der deutschen Besatzung 1941 – 1944, Aleksandras Lileikis (91) und seinen Stellvertreters Kazys Gimzauskas (92), werden aus medizinischen Gründen eingestellt. Zwei Ärztekommis-sionen in Wilna fassten einen dementsprechenden Beschluss.

Im Falle von Lileikis, der 1996 aus den USA ausgebürgert wurde, war dies schon die dritte ärztliche Kommission.

In Litauen scheint niemand an der Verstrickung und Kollaboration der Landsleute im Solde der Nazis interessiert zu sein. Die Gründung einer Nationaldemokratischen Partei unter dem Nachfahren des Diktators der Zwischenkriegszeit Antanas Smetona Rimantas Smetona ist ein Zeichen für ein Abtriften nach rechts. Es ist nicht abzusehen, wie stark diese Partei sein wird. Ihre Gründung zum jetzigen Zeitpunkt scheint jedoch kein Zufall zu sein. Die Verbindung zwischen euroskeptischen Ansichten und Versatzstücken ultranationaler Ideologie ist eine neue und besorgniserregende Entwicklung im Baltikum.



Herbst 2001

Litauische Zweideutigkeit

Von Dr. Efraim Zuroff

Am 23. September 2001, der dieses Jahr auf die «Zehn Tage der Busse» zwischen Rosch Haschanah und Jom Kippur fällt, gedenkt Litauen des Massakers an den Juden des Landes während der Schoah. Der Gedenktag wurde offiziell im Jahr 1991 eingeführt, als diese baltische Republik ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion erlangte. Seither sind zehn Jahre vergangen und nun kann man die Gesten der litauischen Regierung betrachten und die konkreten Maßnahmen beurteilen, die angesichts der schrecklichen Verbrechen der Litauer während des Zweiten Weltkriegs ergriffen wurden. An dieser Stelle muss jedoch noch einmal kurz auf die Rolle hingewiesen werden, welche die Bewohner Litauens bei der Umsetzung der Endlösung gespielt haben.

Litauen hat sich in diesem Bereich aus zwei Gründen hervorgetan. Einerseits hält es den europäischen Rekord in Bezug auf den Anteil an jüdischen Opfern: fast 96% der 220.000 unter der Nazi-Besatzung in Litauen lebenden Juden wurden ermordet. Andererseits lag die Zahl der von den ansässigen Nazi-Kollaborateuren getöteten Juden extrem hoch, da die litauische Beteiligung an den Massakern sehr weitreichend gewesen war. In mindestens 40 verschiedenen Ortschaften wurden die Juden noch vor dem Einmarsch der nationalsozialistischen Trup-

pen tötlich angegriffen; so attackierten z.B. in den Gemeinschaften von Uzpaliai, Zarasai, Birzai, Debeikiai und Dusetos Banden von «militanten» Litauern ihre jüdischen Nachbarn, ohne auf die Nazis und ihre Aufforderungen zu warten.

Nachdem die Wehrmacht das Land vollständig besetzt hatte, nahm die Rolle, welche die lokale Bevölkerung bei der Vernichtung der Juden spielte, an Bedeutung noch zu. Litauische Freiwillige der Nationalen Bataillone zur Verteidigung der Arbeit (*Tauto Darbo Apsaugos Batalionas*), die anschließend in Bataillone der Hilfspolizei (*Pagelbines Policijos Tarnybus Bataliones*) verwandelt wurden, beteiligten sich aktiv an der Massenermordung der Juden in den grossen Städten, wie Vilnius (Wilna), Kaunas (Kovno) und Siauliai (Shavel), aber auch in zahlreichen Ortschaften und Dörfern der Provinz. In bestimmten Gemeinschaften wurde die Misshandlung der Juden ganz den Litauern übertragen, die sich mit grossem Eifer um die Erfüllung ihrer Aufgabe bemühten. Dazu kam, dass die litauische Sicherheit (*Saugumas*) ebenfalls in hohem Ausmaß an den Verfolgungen und dem Massaker an den Juden in Weißrußland teilnahm und dass einige Angehörige dieser Polizeikorps als Wärter in den Vernichtungslagern in Polen beschäftigt wurden.

Es leuchtet ein, dass angesichts dieser kurzen Übersicht jede Stellungnahme der Litauer in Bezug auf die Schoah unbedingt mit einem ausdrücklichen Eingeständnis der Komplizenschaft Litauens bei diesen Verbrechen einhergehen muss.

In meiner Eigenschaft als Aufspürer der Nazis einerseits und als Fachmann für die in Litauen durchgeführten Gräueltaten während Schoah andererseits habe ich die Maßnahmen, die von den aufeinander folgenden litauischen Regierung zur Bewältigung der Vergangenheit ergriffen wurden, aufmerksam verfolgt. Wie andere postkommunistische Gesellschaften zuvor, musste sich Litauen sofort nach der Unabhängigkeit damit auseinandersetzen; die neue Republik wünschte nämlich diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen und den Kontakt zur jüdischen Welt wieder zu pflegen, insbesondere um dadurch die Unterstützung der USA zu erhalten und seine Integration innerhalb des demokratischen Europas anzustreben. Es ist klar, dass eine Versöhnung mit den Juden nur möglich war, wenn man der düsteren Vergangenheit Litauens und den während der Schoah begangenen Verbrechen ohne Ausflüchte ins Auge blickte. Heute, zehn Jahre später, kann die Situation kritisch betrachtet und der Stand der Beziehungen zwischen Juden und Litauern untersucht werden.

Die litauischen Behörden sind bisher auf zwei Ebenen vorgegangen: Erklärungen und symbolische Gesten auf der einen Seite, gerichtliche Maßnahmen und Vorkehrungen vor Ort auf der anderen Seite. Es war von Beginn des Prozesses an abzusehen, dass Litauen seine Schuld an den Verbrechen der Schoah in einer offiziellen Erklärung eingestehen musste. Dies geschah am 8. Mai 1990 durch die Seimas, das litauische Parlament; die Formulierung war jedoch bei weitem nicht zufriedenstellend und aufgrund der in der Erklärung enthaltenen Reserven war sofort klar, wie sehr es den Litauern schwer fiel, sich der Vergangenheit der Nation zu stellen.

Im Juni 1991 hielt Premierminister Gediminas Vagnorius eine Rede anlässlich der Einweihung der Gedenkstätte von Paneriai, dem Schauplatz des Massakers an den Juden von Vilnius; diese Rede setzte aber auch die Serie der zweideutigen Erklärungen fort, in denen die Politiker Litauens die Verantwortung des Landes bei der Vernichtung der Juden zu schmälern versuchten. Der Premierminister erwähnte die (geringe) Unterstützung der Litauer zugunsten der Juden während des Zweiten Weltkriegs, als ob dies ihre (viel deutlichere) Beteiligung an den Ermordungen kompensieren könnte. Darüber hinaus betonte er, die Verantwortlichen seien alles Kriminelle gewesen und die Tragödie habe «mindestens drei Monate» gedauert.

Wenn man weiß, dass der Leidensweg des litauischen Judentums unter der Knute der Nazis und ihrer litauischen Helfershelfer in Wirklichkeit zwölf Mal länger währte und dass diese Kollaborateure aus allen Schichten der litauischen Gesellschaft stammten, kann man die Zweideutigkeit ermesen, die in offiziellen Kreisen vorherrschte; sie waren sich zwar der Notwendigkeit bewusst, die Verbrechen der Vergangenheit zuzugeben, zögerten jedoch, ihren

wahren Umfang und ihre tatsächlichen und unabwendbaren Folgen einzugestehen. Zu Gunsten der Regierung lässt sich die Einführung eines offiziellen Gedenktages an den Völkermord der Juden in Litauen anführen, nämlich den 23. September. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob dieser Tag sich in irgendeiner Weise auf die litauische Gesellschaft auswirken wird.

Nimmt man die juristischen Maßnahmen unter die Lupe, welche die litauische Regierung im Verlauf der vergangenen zehn Jahre getroffen hat, stellt man fest, dass zwei Fragen die Debatte zu diesem Thema in der Öffentlichkeit dominiert haben: die Verurteilung der nationalsozialistischen litauischen Kriegsverbrecher und die Rehabilitierung von schuldig gesprochenen Bürgern durch die litauischen Rechtsbehörden.

Die Diskussion betreffend die Verfolgung der Kriegsverbrecher entstand ganz spontan nach dem Eingeständnis der Rolle der Litauer bei der Judenvernichtung, doch sie erwies sich in den letzten zehn Jahren als immer problematischer. Nach dem Erhalt der Unabhängigkeit ergriffen die litauischen Behörden keinerlei Initiative, um die Bürger, die an der Schoah beteiligt gewesen waren, zu verurteilen; dazu beriefen sie sich auf die zahlreichen Prozesse, die von den Sowjets unmittelbar nach dem Krieg angestrengt worden waren. Dann aber kam es zum Skandal, der durch die Rückkehr von zehn Nazi-Kollaborateuren nach Litauen ausgelöst wurde, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten geflüchtet und während vierzig Jahren dort in völliger Straffreiheit gelebt hatten. Plötzlich wurde diesen Leuten Strafverfolgung durch das amerikanische Büro für Spezialuntersuchungen angedroht, da sie ihre Tätigkeit während des Krieges verheimlicht hatten. Diese Affäre bewirkte, dass die Debatte über das Schicksal der ehemaligen Nazis wieder aufgenommen wurde.

In dieser Hinsicht dient der Fall von Aleksandras Lileikis als Beispiel: dieser Mann war während der gesamten Schoah Kommandant der litauischen Sicherheitspolizei in Vilnius gewesen. Er verließ Boston, nachdem er seine amerikanische Staatsbürgerschaft verloren hatte, und kehrte im Mai 1996 nach Vilnius zurück. Unter den ehemaligen, ins Land zurückgekehrten Kriminellen hatte Lileikis als Nazi-Kollaborateur den höchsten Rang bekleidet. Die Tatsache, dass er sich ohne Schwierigkeiten in Litauen aufhalten konnte, führte zu einem enormen Druck auf die litauischen Behörden: bisher war keine einzige Untersuchung gegen einen Kriegsverbrecher in Litauen eingeleitet und natürlich auch kein einziges Gerichtsverfahren angestrengt worden. Während über eines Jahres nach seiner Rückkehr wurde aber auch Lileikis nicht einmal befragt; als er endlich angeklagt wurde, waren sich alle bewusst, dass er aufgrund seines Gesundheitszustandes nicht verurteilt werden könnte. Erinnern wir daran, dass er bis an sein Lebensende nicht einen einzigen Tag im Gefängnis verbrachte und nie aufgefordert wurde, an einer Gerichtsverhandlung zu erscheinen, an der sein Fall besprochen wurde. Nur ein Mal, im November 1998, tauchte er aus eigenem Antrieb für zehn Minuten vor Gericht auf.

Um sich gegen die internationale Kritik zu verteidigen, die sich gegen den Stillstand in diesem Gerichtsfall und in ähnlichen Verfahren wandte, ließ die litauische Regierung über neue Gesetze abstimmen, welche die Befragung und Verurteilung von Kriegsverbrechern ermöglichte, deren Gesundheitszustand sie bisher vor dem Gesetz geschützt hatte. Diese Maßnahmen zeitigten aber keine konkreten Resultate. Lileikis starb ohne verurteilt zu werden, während seine rechte Hand Kazys Gimzauskas jedoch angeklagt und für schuldig befunden wurde, der Durchführung der Strafe jedoch wiederum aus gesundheitlichen Gründen entging. In diesem Bereich kann man dem Land Litauen einzig anrechnen, dass Vilnius im März 2001 bei Großbritannien ein Gesuch einreichte, in dem die Auslieferung von Antanas Gecas (Gecevicus), wohnhaft in Edinburgh, verlangt wurde: Gecas diente als Offizier im grausamen 12. Litauischen Bataillon der Hilfspolizei, die in den Jahren 1941-1943 in Litauen und Weißrußland Tausende von Juden umbrachte. Es bleibt zu hoffen, dass diese Tat einen tatsächlichen Wendepunkt in der litauischen Politik betreffend die gerichtliche Verurteilung seiner Kriegsverbrecher symbolisiert.

Die Art und Weise, in der die litauische Regierung mit den Rehabilitierungen umging, zeugt ebenfalls von ihren Schwierigkeiten, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Das Gesetz über die Rehabilitierungen, das am 2. Mai 1990 verabschiedet wurde, verbietet formell, einer Person die Rehabilitierung zu gewähren, die «am Völkermord beteiligt war»; ungeachtet dieser Bestimmung wurde zahlreichen nationalsozialistischen Verbrechern, die von den Sowjets für schuldig befunden wurden, in den Jahren 1990-1991 letztendlich vergeben (sie erhielten sogar eine großzügige finanzielle Abfindung). Dieser Skandal wurde vom Zentrum Simon Wiesenthal aufgedeckt, und die litauische Regierung gab einmal mehr dem internationalen Druck nach und verpflichtete sich, dieser Situation abzuweichen: eine gemeinsame israelisch-litauische Untersuchungskommission wurde ins Leben gerufen und soll alle Fälle neu überprüfen. Nach einer Untersuchungsmission der israelischen Mitglieder in Vilnius im Jahr 1995 stellte die Kommission ihre Tätigkeit jedoch ein, seither kümmern sich die litauischen Behörden selbst um die Revision der Fälle, wobei sie dabei extrem langsam vorgeht und ihre israelischen Kollegen nicht einbezieht. Gegenwärtig, fast zehn Jahre nach der Schaffung der Kommission, wurden 47 Rehabilitationen annulliert: von keinem einzigen der Betroffenen verlangte man jedoch die Rückerstattung der erhaltenen Abfindung, und die Namen der Verbrecher erschienen nie in den litauischen Medien. Wenn aber die israelischen Kommissionsmitglieder ihre Arbeit hätten fortsetzen und am Verfahren der nachträglichen Überprüfung hätten teilnehmen dürfen, wären die Ergebnisse zweifellos drastischer ausgefallen.

Unter diesen Umständen wäre es an diesem 23. September sinnvoller, wenn die litauischen Spitzenpolitiker nicht die üblichen Gemeinplätze über die Vernichtung des litauischen Judentums von sich geben würden, sondern die Geschichte des vergangenen Jahrzehnts gründlich untersuchen und den deutlichen Widerspruch zwischen ihren Erklärungen und ihrer tatsächlichen Politik bedenken würden. Sie müssten alles unternehmen, um diese Divergenz in den kommenden zehn Jahren aus der Welt zu schaffen.

Dr. Efraim Zuroff, Nazi-Jäger, Historiker, Fachmann der Shoah im Baltikum und Leiter des Büros in Jerusalem des Simon Wiesenthal Center von Los Angeles.

SPIEGEL ONLINE 09.12.2002

BALTIKUM

Schleppende Aufklärung

Die Kopfgeldjagd des Simon Wiesenthal Center auf Nazi-Mörder aus den baltischen Staaten hat erste Erfolge gebracht: Die Staatsanwaltschaft in Litauen erhielt Hinweise, die zu zwei Ermittlungsverfahren führten. Es soll geklärt werden, inwieweit litauische Kollaborateure an der Ermordung von mehr als 1.000 Juden in Seirijai und Gargzdai während des Zweiten Weltkriegs beteiligt waren. Im Sommer hatte das Simon Wiesenthal Center 10.000 Dollar Belohnung für Hinweise ausgelobt, die zur Verurteilung baltischer Holocaust-Täter führen. Daraufhin erhielten die Nazi-Jäger die Namen von mehr als 60 Verdächtigen. Jetzt wird geklärt, wer davon noch am Leben ist.

Die Nationalsozialisten hatten im Zweiten Weltkrieg rund 300.000 litauische, lettische und estnische Juden ermordet. Hitlers Schergen konnten sich dabei auf die Mitarbeit vieler Balten verlassen, die zum Beispiel als Hilfspolizisten am Massenmord teilnahmen. Seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991 wurde nirgends im Baltikum auch nur ein Kriegsverbrecher bestraft. Trotz der jetzt startenden Verfahren sei die litauische, lettische und estnische Öffentlichkeit kaum bereit, sich der Vergangenheit zu stellen, kritisiert Efraim Zuroff vom

Simon Wiesenthal Center: „Wer an die Verstrickung in Nazi-Massaker erinnert, gilt als Nervensäge. Der politische Wille aufzuklären fehlt.“



13.01.2003

Kulturzeit

Kopfgeldjagd in Litauen

Efraim Zuroff will die letzten Nazi-Verbrecher fassen



In Jerusalem kennt man ihn nur als den „Nazijäger“: Efraim Zuroff, den Leiter des Simon Wiesenthal-Zentrums, der weltweit größten Organisation zur Verfolgung von Naziverbrechern. Seine letzte Aktion: die „Operation Last Chance“. Mit Kopfgeldern von 10.000 Dollar, mit Annoncen und Aufrufen will er die letzten Mörder in den baltischen Staaten vor Gericht bringen.

Die Täter sollen für Massaker wie das auf dem Bild der Anzeige dargestellte büßen: „Das ist ein wahnsinniges Bild. Da war eine Menge versammelt, mit Frauen und Kindern, die sich die Hinrichtungen ansahen. Immer wenn jemand getötet wurde, klatschten die Leute“, sagt Efraim „Effie“ Zuroff. „Und am Schluss nahm einer der jungen Männer, der sehr aktiv an den Morden teilgenommen hatte, ein Akkordeon raus und spielte die litauische Nationalhymne – und alle sangen mit.“

Das Echo des Massenmords klingt immer noch nach in den Straßen von Vilnius. 60.000 Juden waren in das berühmte Ghetto der Stadt gepfercht. Heute erinnert gerade einmal ein David-Stern an der Hauswand an das „Jerusalem von Litauen“, wie Vilnius vor dem Holocaust stolz von seiner jüdischen Bevölkerung genannt wurde. Als die Nazis kamen, wurden sie begeistert von den litauischen Faschisten begrüßt. Tausende Litauer beteiligten sich am Massenmord.



Massiver Protest

Eine Vergangenheit, an die man in Vilnius nur ungern erinnert wird. Kaum waren die Anzeigen Effie Zuroffs in den Tageszeitungen erschienen, rührte sich massiver Protest in Medien und Bevölkerung. 10.000 Dollar Belohnung für jeden, der einen der litauischen Nazi-Kollaborateure an die Justiz verrät? Das, so kommentierte das Wochenmagazin „Veidas“, seien dieselben Methoden, mit denen die Nazis Juden in ihren Verstecken aufgespürt haben. „Genauso gut könnten sie sagen, die amerikanische Regierung wende Nazi-Methoden an, um Osama bin Laden zu finden“, sagt Zuroff. „Die setzen eine Belohnung von 25 Millionen Dollar aus. Wir zahlen viel weniger. Aber die Botschaft ist dieselbe: Wir sind entschlossen, alles nur Mögliche zu tun, um diese Leute vor Gericht zu bringen.“

Zutritt verboten



Jetzt hat der litauische Feldzug gegen die Nazijagd sogar das Parlament erreicht. Offen macht ein Politiker der „Partei für den Fortschritt des Volkes“ Stimmung gegen Effie Zuroff. „Wenn es nach mir ginge, würden wir diesen Zuroff zur persona non grata erklären, also zu einer Person, die kein Recht mehr hat, in unser Land Litauen einzureisen“, sagt Ejgidijus Klumbys, Parlamentarier der Partei für den Fortschritt des Volkes.



Und doch haben sich in der jüdischen Gemeinde von Vilnius schon jetzt an die hundert Zeitzeugen gemeldet. Jeden Tag bekommt Gemeindevorsteher Simon Alperovich Briefe von Litauern, die von den Gräueltaten ihrer Landsleute während der Nazizeit berichten. „Und eines ist besonders erstaunlich: Kaum einer derer, die uns geschrieben haben, hat sich wegen des Kopfgeldes gemeldet“, sagt Simon Alperovich von der Jüdischen Gemeinde Vilnius, „es geht den Leuten um die Sache selbst.“



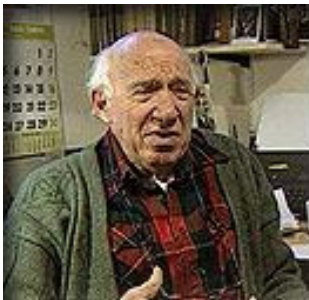
Augenzeugen berichten

Als die Nazis in das kleine Dorf Gargzdai einmarschierten, war Justinas Jokubaitis 15 Jahre alt. Seine Familie hasste die Faschisten, die litauischen so sehr wie die deutschen. Vom Schulhof aus sah er, wie seine Landsleute auf dem Hügel gegenüber die Juden folterten. „Sie trieben die Frauen den Berg hoch und runter, Deutsche und Litauer, schlugen sie immer wieder. Wir Kinder schriegen: ‚Was macht Ihr Mörder da?‘ Da schossen sie in unsere Richtung, um uns wegzuscheuchen und wir mussten zurück in die Klasse“, erinnert sich der Zeitzeuge Jokubaitis. „Dort fragte der Priester, der Religionslehrer: ‚Wer hat diesen Aufstand angezettelt?‘ Einer sagte ‚Der Jokubaitis war’s!‘ und da schlug mich der Priester so brutal auf’s Ohr, dass es den ganzen Sommer wehtat.“



In Gargzdai wollen die meisten bis heute von einer Mittäterschaft nichts wissen. „Nein, nur die Deutschen schossen damals auf die Juden. Die Litauer hatten nichts damit zu tun“, sagt eine Dorfbewohnerin. „Aber natürlich waren auch Litauer dabei“, sagt eine Zweite, „die haben kräftig mitgeholfen.“ Worauf die erste antwortet: „Gut, aber nur, weil die Deutschen sie dazu gezwungen haben.“

Problem mit der eigenen Geschichte



In Jerusalem geht Effie Zuroff schon viele Jahre in Gesprächen mit Überlebenden und Historikern wie dem aus Litauen stammenden Dov Levin einer Frage nach: Wieso sind so wenige Litauer bereit, sich der eigenen Geschichte und den Morden in über 40 Dörfern zu stellen? „Schauen Sie sich diese Staaten an: Weder in Litauen noch in Lettland oder Estland ist seit der Unabhängigkeit ein einziger Naziverbrecher vor Gericht gestellt worden“, sagt Zuroff. Der Historiker Dov Levin stimmt zu: „Das ist genau das Problem. Ich bin schon längst an den Litauern verzweifelt.“

Justinas Jokubaitis will Zeugnis ablegen. Er erinnert sich genau, wer die Folterknechte der Deutschen waren, wer die Juden bewachte, die im Sommer 1941 in einer Scheune eingesperrt und dann ermordet wurden: „Einen kannte ich besonders gut: Antanas Puznaickis. Der war aus unserem Dorf. Der erzählte ganz stolz, wie er die Leute gefoltert hat, kleine Kinder an den Beinen gepackt und gegen den Baum geschlagen hat.“

Verurteilte Zeugen

Als nach dem Krieg die Russen in Gargzdai einzogen, verklagte Jokubaitis den litauischen Mörder Puznaickis beim KGB. Das Urteil: Zwangsarbeit in Sibirien. Es sind die verurteilten Mörder, die Effie Zuroff nun hofft, als Zeugen zu bekommen. „Sie selbst haben an diesen Verbrechen teilgenommen und wissen ganz genau, wer mit ihnen geschossen hat“, sagt Zuroff. „Sie sind von den Russen verurteilt worden. Daher haben sie nicht zu befürchten, nochmals verurteilt zu werden. Und vielleicht macht ihnen ihr Gewissen so viel Probleme, dass sie endlich reinen Tisch machen wollen und nebenbei noch ihre Zukunft und die ihrer Kinder und Enkel sichern wollen.“

10.000 Dollar Belohnung – Vergangenheitsbewältigung gegen Cash: Aber eine Zukunft der baltischen Staaten als Teil Europas ist ohne eine schmerzhaft Auseinandersetzung mit Ereignissen in Dörfern wie Gargzdai undenkbar.



14.10.2006

Litauen

22 Rehabilitierungen von Nazi-Kollaborateuren widerrufen

Das litauische Außenministerium hat gegenüber seinem israelischen Gegenpart offiziell verlautbart: Litauen hat 22 ab dem Jahre 1991 rehabilitierte Judenmörder die Begnadigung entzogen. Dies enthüllte der litauische Präsident Adamkus im Interview mit der in Basel erscheinenden Jüdischen Rundschau. Die Rehabilitierungen, die die Staatsanwaltschaft in Wilna etwa 50.000 Personen gewährte, sollten pauschal die Ehre all derer wiederherstellen, die im 2. Weltkrieg gegen die Sowjets kämpften. Die Euphorie über die eben errungene Eigenstaatlichkeit und bestimmte Prioritäten der Justiz führten zu einigen ungerechtfertigten Gnadenaktionen, die vom US-Justizministerium und vom Israelischen Außenministerium kritisiert wurden.

Die Wiederherstellung aller Rechte hatte auch die Rückgabe von Besitz sowie eine Kompensation von etwa 18 Monatsgehältern zur Folge. Am Mittwoch verlangte der Leiter des Wiesenthal Centers in Jerusalem, Efraim Zuroff in einem Schreiben an Präsident Adamkus Folgen für die erfolgte Derehabilitierung. Zuroff monierte, die zu unrecht rehabilitierten sollten der Privilegien verlustig gehen, die sie durch die damalige Rehabilitierung erhielten.

Die deutschen Besatzer wurden in Litauen im Juni 1941 besonders freudig begrüßt. Eine lokale faschistische Bewegung hatte den Boden bereitet, bevor die Besatzer eintrafen. Bereits in 42 Orten in Litauen wurden Juden von ihren Nachbarn ermordet. Etwa 94 % der 220.000 Juden, die in Litauen vor dem Krieg lebten, wurden von den Nazis und ihren litauischen Kollaborateuren ermordet. Gern werden im heute unabhängigen Litauen Judenmörder als Freiheitskämpfer gefeiert, wie beispielsweise Kazys Skirpa, Anführer der LAF (Litauischen Aktivistenfrente), deutscher Abwehragent, nach dem ein Platz in Kaunas nach 1991 benannt wurde. Skirpa war als Planer und Vorbereiter an der Vorbereitung des Massenmordes beteiligt. In Litauen ist juristisch nur derjenige zu belangen, der tatsächlich den Abzug des Gewehres betä-

tigte. Dieser Rechtslage zufolge wäre Eichmann in Litauen keines Verbrechens schuldig geworden ...

Die Litauische Aktivistenfrente des Skirpa hatte Flugblätter verbreitet, die zum Judenmord aufriefen, den deutschen Besatzern wurden Juden „ausfindig“ gemacht. Mindestens 30.000 Litauer waren, dem Geist der LAF und ähnlicher Anstifter folgend, in den Hilfspolizeinheiten tätig. Im „Jäger-Bericht“, eine buchhalterisch geführte Liste der Orte von Erschießungen, sind penibel die Erschießungen beschrieben, die an insgesamt 223 Orten, hauptsächlich von Einheimischen durchgeführt wurden. Einige der Täter flüchteten nach dem Krieg in die USA, nach Kanada, Großbritannien und Australien, wo sie ab 1947 im kalten Krieg als verlässliche Antikommunisten gebraucht wurden. Die Sowjets hatten sich zwar mehr Mühe bei der juristischen Verfolgung gegeben, heute wird grundsätzlich in Litauen an der Rechtmäßigkeit dieser Verfahren gezweifelt. Die Beteiligung an den Verbrechen der Nazis ist das größte Tabu der jungen Demokratie. Der litauische Präsident Adamkus kann nichts unanständiges am Wirken des Planers von Folter, Vertreibung und Mord erkennen. Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Salzburg danach befragt, sprach er von Skirpa als einer „durchaus vielschichtigen Persönlichkeit“. Die fehlende Kenntnis der Nazi-Mordmaschinerie, verbunden mit traditionell stark verbreiteten antisemitischen Strömungen in Litauen sind die Haupthindernisse für eine juristische und moralische Auseinandersetzung der Gesellschaft mit den dunklen Flecken in der Geschichte.

SLW – A-1020 Wien – 00431 2161972 - 00431 21267594

BalticNewsWatch@netway.at



13.01.2008

„Operation Letzte Chance“



Sie müssten jetzt um die 90 Jahre alt sein, NS-Verbrecher, die bis heute untergetaucht sind. Nazi-Jäger Efraim Zuroff vom Simon-Wiesenthal Zentrum in Jerusalem vermutet, dass „Dr. Tod“ Aribert Heim in Südamerika lebt. Der KZ-Arzt tötete über 500 Häftlinge in grausamen Experimenten.

Mit der „Operation letzte Chance“ versucht das Zentrum jetzt mit Hilfe von hohen Kopfgeldern, die letzten lebenden Nazi-Verbrecher doch noch vor Gericht zu bringen. Die bisherigen

Bemühungen der deutschen und österreichischen Justiz zur Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen kritisiert Zuroff als „mangelhaft“.

Leben in der Nachbarschaft

In Mauthausen tötete Aribert Heim mehr als 500 Patienten. Seit vier Jahrzehnten entwischt er den Behörden. Ein anderer ist Milivoj Aschner. Als Polizeichef in Kroatien ließ er Hunderte Juden und Roma verfolgen und töten – heute lebt er unbehelligt im österreichischen Klagenfurt. Oder Erna Wallisch, Aufseherin im KZ Majdanek, von Häftlingen „Nazi-Teufel“ genannt – sie wohnt in Wien.

Damit, dass diese und andere Alt-Nazis nach wie vor in Freiheit leben, wollen sich die Initiatoren des „Wiesenthal-Centers“ in Jerusalem nicht abfinden. Dessen Leiter Ephraim Zuroff versucht, die letzten Nazi-Verbrecher vor Gericht zu bringen – bevor sie sterben.

„Sie leben noch und können verurteilt werden. Es gibt keinen Grund sie entwischen zu lassen, nur weil viele Jahre vergangen sind. Das Alter mindert ihre Schuld in keinster Weise.“ Zuroff wirbt überall auf der Welt für seine Fahndungsaktion „Operation: Letzte Chance“ – seit fünf Jahren. Jetzt hat er wieder die Medien mobilisiert, um neue Hinweise auf bisher unentdeckte Nazi-Verbrecher zu bekommen.

Schmerzhaft und teure Aufarbeitung

Vor allem in Osteuropa – wie in **Litauen** – ist Zuroff bei der Suche nach neuen Zeugen und Beweismaterial fündig geworden. Doch trotz vieler neuer Hinweise auf Nazi-Straftaten werden die örtlichen Behörden nicht aktiv. Sie müssten Landsleute anklagen, die sich damals in vielen osteuropäischen Ländern als Kollaborateure an Naziverbrechen beteiligten. Eine solche Aufarbeitung wäre schmerzhaft, kostete Geld und Ressourcen – und würde Geschichten ins Gedächtnis rufen, die man bisher verdrängt hat.

„Wenn ein Staat sich selbst als Opfer sieht, muss er nichts tun. Man hat Schlimmes durchgemacht, wie kann da jemand mit Forderungen kommen? Diese Länder spielen die Opferkarte aus – und behindern so unsere Arbeit.“

Im Vernichtungslager Majdanek arbeitete 1942 die damals 20-jährige Erna Wallisch als Aufseherin. „Man wollte auch überleben. Und durch des hat man halt dann sich irgendwie ducken müssen, dass man eben net in irgendwas reinkommt durch des“, versucht sie sich heute zu rechtfertigen.

Laut Zeugenaussagen soll Wallisch als Aufseherin Kinder misshandelt und Tausende Juden in die Gaskammern geführt haben.

Verjährte Schuld?

Nach dem Krieg wurde sie österreichische Staatsbürgerin und lebt bis heute unbehelligt in Wien. Ist sie eine Kriegsverbrecherin oder, wie ein österreichisches Gericht 2006 entschied, eine „nur“ passiv am Massenmord Beteiligte, deren Schuld längst verjährt ist?

„Klar wäre es dramatischer, wenn sie die Häftlinge eigenhändig erschossen hätte. Aber wozu hat sie die Leute denn ins Gas geführt?“, fragt Zuroff. Dieser hat nun Polen eingeschaltet. Und tatsächlich haben die dortigen Behörden einen Auslieferungsantrag gestellt. Es gebe neues Beweismaterial gegen Wallisch, heißt es darin. Ob die Seniorin wirklich ihre Wahlheimat verlassen muss, ist fraglich, weiß auch Zuroff: „Das Gesetz schützt diese Nazi-Verbrecher. Österreich ist ein Paradies für Altnazis.“

In Deutschland kümmert sich die so genannte „Zentrale Stelle“ in Ludwigsburg um die Verfolgung von Nazi-Verbrechern. Doch von hier aus werden schon seit Jahren kaum noch Täter vor Gericht gebracht, erklärt Leiter Kurt Schrimm: „Die aktuell anhängigen Fälle, bei denen

möglicherweise noch eine Anklage oder gar eine Verurteilung zu erwarten wäre, ist sehr gering. Die Zahl bewegt sich sicherlich im einstelligen Bereich.“

Schlechte Noten für Fahnder

Ephraim Zuroff stellt auch den deutschen Nazi-Fahndern schlechte Noten aus. Trotz Hunderter neuer Hinweise durch die „Operation: Letzte Chance“ fehle den Behörden im Ursprungsland des Nationalsozialismus der nötige Biss: „Die Mühlen der deutschen Justiz mahlen schrecklich langsam. Diese Untätigkeit – als ob die Ermittler lieber nach ihrer Pension Ausschau halten, als nach den Verbrechern.“

Ein Vorwurf, den Kurt Schrimm so nicht stehen lassen will. Die Schwierigkeit liege darin, jemandem nach so vielen Jahren stichhaltig Mord nachzuweisen. Und nur dieses Verbrechen verjährt nicht. „Ich habe Verständnis für Herrn Zuroff, dass er da als Privatmann enttäuscht ist. Aber wir können und wollen die rechtsstaatlichen Regeln nicht sprengen.“

Was bringt es, die alten Täter von damals vor Gericht zu zerren? Eine Frage, die immer häufiger gestellt wird. Es scheint, als warteten viele Länder auf das, was Simon Wiesenthal die „biologische Lösung“ nannte: den natürlichen Tod der Alt-Nazis. Ein Ausweg, den Ephraim Zuroff jedoch nicht akzeptieren will: „All diese Mörder haben Großeltern, Eltern, Söhne und Töchter auf dem Gewissen. Die Opfer verdienen, dass wir die Leute finden, die sie zu Opfern gemacht haben.“

WELT  ONLINE 01.09.2008

Der Kollaborateur von Kirchberg

Er lieferte Juden an die Nazis aus. Seine Flucht vor der eigenen Schuld führte ihn von Litauen über Deutschland in die USA und Kanada. Heute lebt der 87-jährige Algimantas Dailide unbehelligt in einer sächsischen Kleinstadt

Von Freia Peters

In dem kleinen sächsischen Städtchen am Rande des Erzgebirges laufen viele alte Menschen über die Straßen aus Kopfsteinpflaster, sodass der 87-jährige Algimantas Dailide nur demjenigen auffällt, der seine Vergangenheit und seine Fotos kennt. Dailide ist einer der letzten noch lebenden Verbrecher des Zweiten Weltkrieges.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Jerusalem stellte ihn kürzlich auf die Liste der zehn weltweit meistgesuchten NS-Kriegsverbrecher. Von einigen auf der Liste weiß man ungefähr, wo sie leben. Auch Dailide ist eigentlich nicht schwer zu finden – er steht mit Nummer und Adresse im deutschen Telefonbuch. Doch die meisten Bewohner der sächsischen Kleinstadt wissen gar nicht, wer er ist.

Algimantas Dailide war während des Zweiten Weltkrieges Mitglied der litauischen Geheimpolizei Saugumas und hatte Juden, die aus dem Getto von Vilnius fliehen wollten, an die Nazis ausgeliefert. Etwa 220.000 litauische Juden wurden damals ermordet. 1944 floh der 23-jährige Dailide vor den Russen nach Deutschland und heiratete dort eine Deutsche aus Greiz in Thüringen. 1950 wanderte das Paar in die USA aus und bekam zwei Söhne. Die Familie nahm die amerikanische Staatsbürgerschaft an und lebte rund 40 Jahre unbehelligt in Cleveland (Ohio). Dailide arbeitete als Immobilienmakler. Nach der Wende wurden 1991 die litauischen Akten aus den Zeiten der Besatzung durch die Nationalsozialisten 1941 bis 1944 geöffnet.

Das amerikanische Office of Special Investigations (OSI), eine US-Justizbehörde zur Verfolgung von NS-Kriegsverbrechern, begann zu ermitteln. 2001 wurde Dailide die amerikanische Staatsbürgerschaft aberkannt, weil er bei seiner Einwanderung gelogen und seine Vergangenheit verschwiegen hatte. Er floh nach Toronto und landete schließlich 2004 im sächsischen Kirchberg, wo ein Cousin seiner Frau lebte. Kurze Zeit später wurde er in Litauen angeklagt, 2006 reiste er freiwillig zu seinem Prozess nach Vilnius. Das Gericht sprach ihn schuldig, zwei polnische und zwölf litauische Juden an die Nationalsozialisten ausgeliefert zu haben, die kurz darauf vermutlich in einem Vernichtungslager in einem Waldgebiet nahe Vilnius ermordet wurden. Dailide wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. Doch weil er nach Ansicht des Gerichts keine große Gefahr mehr für die Öffentlichkeit darstellt und wegen seines schlechten Gesundheitszustands musste er seine Strafe nicht antreten.

Dailide ist ein hagerer Mann, dem die Krankheit nicht anzusehen ist. Jeden Morgen gegen zehn Uhr verlässt er forschen Schrittes das Haus, um Lebensmittel einzukaufen.

Bereitwillig öffnet er die Tür seiner Zweizimmerwohnung vis-à-vis des Rathauses. An den Wänden hängen Fotos seiner acht Enkel und 13 Urenkel. Eins zeigt Dailide in Florida beim Fischen. Auf dem großen blauen Sofa im Wohnzimmer liegen bestickte Kissen. „Grandma is the heart of our family“, Oma ist das Herz unserer Familie, steht darauf oder „Who needs Santa when you've got grandma“, wer eine Oma hat, braucht keinen Weihnachtsmann. Neben litauisch-englischen und englisch-deutschen Wörterbüchern stehen Ratgeber wie „Ein schmerzfreies Leben in 3 Minuten“.

Im Zimmer nebenan liegt Dailides Frau, die an Speiseröhrenkrebs erkrankt ist. Dailide selbst hat sich vor zwei Jahren in Litauen auf Wunsch des Gerichts einer medizinischen Untersuchung unterzogen. „Ich wollte, dass man mich freispricht. Aber zur Sicherheit habe ich mich ärztlich untersuchen lassen“, sagt Dailide, während er immer wieder vom Deutschen ins Englische wechselt. „Wer will schon ins Gefängnis wandern?“ Er leide unter Rückenschmerzen, Prostataproblemen, Bluthochdruck und Arthritis in den Fingern.

Dailide erzählt, wie er 1940 in Litauen von der Schule flog, weil er ein Lied sang, das sich gegen Stalin richtete. Ein Jahr später habe die litauische Geheimpolizei um neue Mitglieder geworben. „Ich unterschrieb und bekam einen Bürojob, ich erledigte Schreibearbeit“, sagt Dailide. „Ich wusste nicht viel über die Dinge, die damals passierten. Erst später fand ich es heraus.“ Von der Nacht, in der er laut Gericht die Juden an die Nazis übergab, schildert er so: Mit drei anderen Mitarbeitern sei er in einem Lastwagen zu einem Einsatz an den Waldrand gefahren worden. Passiert sei aber nichts. „Ich ging nach Hause, und am anderen Morgen hieß es, einige Juden seien geflohen. Deswegen – und wegen einiger anderer Dinge – haben sie mich angeklagt.“ Eine Unterschrift Dailides, die das Gericht als Beweis anführte, wiegt für ihn nicht schwer. Im Nachhinein habe er sogar alles Lesbare zum Holocaust verschlungen. Von seiner eigenen Schuld will er nichts wissen.

Als die Rote Armee 1944 Litauen zurückeroberte, sei Dailide in einem Pferdewagen gemeinsam mit seinem Onkel nach Deutschland geflohen. 1945 habe er in Bamberg geheiratet. Später in Amerika habe er zunächst in einer Brauerei, dann als Geschäftsmann und schließlich als Immobilienmakler gearbeitet. „1993 begann das OSI, mich auszufragen“, sagt Dailide. Später habe er ein Schreiben unterzeichnet, in dem er seine Schuld gestand. „Ich hatte keine andere Wahl“, sagt er. 2003 schließlich habe er sein Auto gepackt, sein Haus verkauft und sei nach Deutschland gekommen. Hier lebt er vom Geld seiner Frau, die sowohl Rente aus Deutschland als auch aus den USA bekommt. 2005 bekam Dailide Besuch von deutschen Polizisten, die im Dienste der litauischen Behörden ausrichteten, er habe sich für eine Befragung in Vilnius einzufinden.

Trotz der Beteuerung seiner Unschuld lautete das Urteil des litauischen Gerichts ein Jahr später, Dailide habe „an der systematischen Judenverfolgung und dem deutschen Plan ihrer Vernichtung im besetzten Litauen teilgenommen“. Und: „Obwohl er seine Unschuld beteuert, ist

seine Schuld klar bewiesen.“ In Israel wurde Dailides Verurteilung begrüßt. Efraim Zuroff, Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem, hat sich mit der 2002 groß angelegten „Operation: Last Chance“ vorgenommen, noch lebende NS-Kriegsverbrecher vor die Richter zu bringen. Umso größer ist der Aufschrei jüdischer Menschenrechtsorganisationen, als bekannt wird, dass Dailide seinen Lebensabend unbehelligt in Deutschland verbringt.

Zuroff spricht von einer Farce. „Die Litauer warten, bis die Nazi-Verbrecher alt werden. Zwar haben sie Gesetze erlassen, die es den Behörden ermöglichen, Kriegsverbrecher zu verhören und zu verurteilen – aber tatsächlich war bisher nicht ein einziger litauischer NS-Kriegsverbrecher auch nur eine Minute in Haft. Kein Wunder, dass Neonazis durch Vilnius ziehen, wenn in einem Land so nachgiebig mit NS-Verbrechern umgegangen wird.“ Zuroff macht auch der deutschen Regierung schwere Vorwürfe. „Warum wird es diesem Mann erlaubt, in Deutschland zu leben? Es ist nicht schwer, ihn ausfindig zu machen“, so Zuroff. „Offensichtlich mangelt es an politischem Willen.“

Doch die Rechtslage spricht für Dailide. Jeder EU-Bürger hat das Recht auf Freizügigkeit. Wo in Europa er leben will, kann er selbst bestimmen. Das gilt auch für einen verurteilten Kriminellen, solange er sich nicht auf der Flucht befindet. Nur wenn „überwältigende Gründe des Allgemeinwohls“ einem Aufenthalt eines EU-Bürgers im eigenen Land im Wege stehen, könne dieser ausgewiesen werden, heißt es im EU-Vertrag von Nizza. Bei Dailide ist dies offenbar nicht der Fall. Und solange Litauen keinen Auslieferungsantrag stellt, besteht für Deutschland kein Handlungsbedarf. Ein und dasselbe Verbrechen darf nur einmal bestraft werden. Wenn Litauen auf eine Strafe verzichtet, kann Deutschland nichts machen.

So wird Dailide vermutlich weiter in Kirchberg wohnen, jeden Morgen gegen zehn Uhr das Haus verlassen, einkaufen, seine Frau pflegen und ab und zu ein Paket seiner Söhne und Enkel aus Amerika in Empfang nehmen. Die Kirchberger stören sich nicht daran. „Damals hatten doch alle irgendwie mit den Nazis zu tun, das war halt so“, sagt eine Nachbarin. Und der parteilose Bürgermeister des kleinen Städtchens hat bis zu der Recherche für diesen Artikel gar nichts über die Vergangenheit seines Mitbürgers gewusst.



07.10.2008

Wie litauische Nazis zu Partisanen wurden

Sobald die Frage der Kollaboration während des Zweiten Weltkriegs auftaucht, versucht die Mehrheit der Litauer sich von den Letten und Esten zu distanzieren.

Von Wladimir Beskudnikow

„Es gab keine SS-Division aus Litauen“, behaupten die meisten Litauer gebetsmühlenartig.

Es stimmt ja in der Tat: Es gab keine litauische SS-Division, doch es stimmt ebenfalls, dass es spezielle Hilfseinheiten gab, Polizeieinheiten sowie Bataillone, die sogar außerhalb von Litauen in sehr schlechtem Ruf standen.

Nicht nur jüdische Bevölkerung Litauens, die in den Ghettos lebte und vernichtet wurde, und nicht nur die in die Gefangenschaft geratenen Rotarmisten, mussten unter der Willkür der litauischen Polizisten leiden. Zwölf Bataillone der litauischen Polizei unter dem Kommando von Major Antanas Impulevicius (Gesamtzahl: 485 Polizisten) haben ihre blutigen Spuren auch in Weißrussland hinterlassen, wo einige Dutzend Dörfer niedergebrannt worden waren.

Über 200 Einwohner des inzwischen weltbekannten Dorfes Chatyn, das zu einem Symbol des Leidens des weißrussischen Volkes wurde, waren außerdem auf Befehl des berüchtigten Majors Impulevicius lebendig verbrannt worden. Das litauische Zentrum für Völkermord erkannte offiziell an, das auf dem Gewissen der Impulevicius-Einheit die Ermordung von mehr als 20.000 unbeteiligten weißrussischen Zivilisten lastet.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 hat Litauen mindestens teilweise versucht, die Verantwortung für die Gräueltaten zu übernehmen. Der ehemalige erste Sekretär des Zentralkomitees der litauischen Kommunistischen Partei, Algirdas Brazauskas, hatte sich 1995 nach seiner Wahl zum Präsidenten der unabhängigen Litauischen Republik im Namen des litauischen Volkes während seines Israel-Besuchs entschuldigt. An den Veranstaltungen zum Gedenken an die verbrannten weißrussischen Dörfer nahm regelmäßig der Botschafter der Litauischen Republik in Weißrussland teil.

Doch in den vergangenen Jahren hat sich die Situation hierzulande signifikant geändert. Die Juden bekommen immer häufiger Beleidigungen statt Entschuldigungen zu hören. Und dies obwohl am Tag des Genozids am jüdischen Volk, der im Litauen am 23. September begangen wird, der Vorsitzende des litauischen Parlaments, Ceslovas Juršenas, an der nicht weit von der Hauptstadt Vilnius gelegenen Gedenkstätte Panerai eine Rede gehalten hatte.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der heutige Präsident Litauens Valdas Adamkus in der Zeit des Zweiten Weltkrieges sehr eng mit der deutschen Administration zusammenarbeitete und zu einer litauischen Hilfseinheit gehörte. Nicht zufällig hatte er 1944 das Land Hals über Kopf verlassen müssen. Er wanderte zuerst nach Deutschland aus und emigrierte kurze Zeit später in die USA.

Im Juni 1941, nachdem die deutsche Wehrmacht die UdSSR überfiel und die Rote Armee Litauen verlassen musste, wurden die litauischen Einheiten von Freiwilligen zusammengestellt, die unverzüglich damit begannen, die jüdische Bevölkerung auszurotten. Allein in der Stadt Kaunas wurden an einem Tag mehr als 9.000 Juden ermordet.

Diese Freiwilligen-Einheiten waren sehr gut organisiert, so dass 80 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung Litauens (das sind mehr als 200.000 Menschen gewesen) bis Ende 1941 getötet wurden. All das geschah unter dem Vorwand des Kampfes gegen die „bolschewistischen Handlanger“.

Heute leben in Litauen insgesamt 2.800 Juden. Doch die Machtoberen versagen kläglich jedesmal, wenn es darum geht, die Sicherheit dieser Leute zu garantieren. Freundschaften zerbrechen, aus ehemaligen Freunden werden Feinde.

Die Staatsanwaltschaft Litauens verlangt seit September 2007 von Israel die Auslieferung des ehemaligen NKWD-Mitarbeiters (NKWD – Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, sowjetische geheime Staatspolizei – *Anm. der Redaktion*), Yitzhak Arad, damit er sich vor Gericht für die Ermordung einiger deutscher Helfershelfer verantworten müsste, die jetzt stolz als Partisanen bezeichnet werden.

Die Behörden versuchen hartnäckig die deutschen und sowjetischen Verbrechen in einen Topf zu werfen. Es ist bereits alles erdenkliche getan worden, damit die Adjektive „sowjetisch“ und „faschistisch“ zu Synonymen werden.

Im Jahre 2000 hatte der litauische Präsident Valdas Adamkus einen Erlass über die Gründung einer Kommission für die Untersuchung nazideutscher und sowjetischer Verbrechen unterzeichnet. Gleichzeitig weigerte er sich nach Moskau zu reisen, um den 60. Jahrestag des Siegs im Zweiten Weltkrieg zu begehen. Was sagt man dazu? Vor einigen Monaten wurde in Litauen ein Gesetz verabschiedet worden, das die Nutzung von Nazi-Symbolen sowie Sowjet-Symbolen verbietet.

Sehr merkwürdig werden auch die Kriegsveteranen behandelt. Sie wurden kurzerhand vereint, ohne berücksichtigt zu haben, wer wo gekämpft hat, so dass die ehemaligen Nazis ohne weiteres durch die Straßen von Litauen marschieren können. Man muss aber einräumen, dass solche Märsche in Litauen noch nicht, wie in den benachbarten Estland und Lettland, zu einer festen Tradition geworden sind.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum, das derzeit in Litauen recherchiert, um noch lebende und untergetauchte „willige Vollstrecker Hitlers“ ausfindig zu machen, erlebt immer häufiger den Widerstand der litauischen Behörden. Der Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums, Ephraim Zuroff, hat bereits Informationen über mehr als 360 Verdächtige gesammelt. Er behauptet, dass die litauischen Behörden überhaupt nichts mit der Verfolgung von Nazi-Verbrechern zu tun haben wollen und darauf verweisen, dass manche Litauer selbst Opfer der Kriegsverbrechen wurden und somit keine Schuldigen seien.

„Die baltischen Staaten reden viel über das Leiden ihrer Länder während der Sowjetzeit, doch sie tun nichts, um die Mörder zu bestrafen, die mit den Nazis kooperiert haben. Es ist bis heute politisch unkorrekt und nicht populär offen zu gestehen, wie viele litauische Bürger an den Massentötungen beteiligt gewesen waren“, sagt Zuroff.

Im Moment steht Litauen auf der vom Simon-Wiesenthal-Zentrum zusammengestellten „Schwarzen Liste“ als ein Land, das zwar über eine entsprechende Rechtsbasis verfügt und doch nichts tut, um die Nazikollaborateure zu entlarven. Litauens Nachbarn auf dieser Liste sind Kroatien, Lettland, Estland und die Ukraine.

Die Meinung des Verfassers muss nicht mit der von RIA Novosti übereinstimmen.

haGalil onLine: Europe

BalticNewsWatch

22.02.2009

Litauen:

22 Rehabilitierungen von Nazi-Kollaborateuren widerrufen

Das litauische Außenministerium hat gegenüber seinem israelischen Gegenpart offiziell verlautbart: Litauen hat 22 ab dem Jahre 1991 rehabilitierte Judenmörder die Begnadigung entzogen. Dies enthüllte der litauische Präsident Adamkus im Interview mit der in Basel erscheinenden Jüdischen Rundschau. Die Rehabilitierungen, die die Staatsanwaltschaft in Wilna etwa 50.000 Personen gewährte, sollten pauschal die Ehre all derer wiederherstellen, die im 2. Weltkrieg gegen die Sowjets kämpften. Die Euphorie über die eben errungene Eigenstaatlichkeit und bestimmte Prioritäten der Justiz führten zu einigen ungerechtfertigten Gnadenaktionen, die vom US-Justizministerium und vom Israelischen Außenministerium kritisiert wurden.

Die Wiederherstellung aller Rechte hatte auch die Rückgabe von Besitz sowie eine Kompensation von etwa 18 Monatsgehältern zur Folge. Am Mittwoch verlangte der Leiter des Wiesenthal Centers in Jerusalem, Ephraim Zuroff in einem Schreiben an Präsident Adamkus Folgen für die erfolgte Derehabilitierung. Zuroff monierte, die zu unrecht rehabilitierten sollten der Privilegien verlustig gehen, die sie durch die damalige Rehabilitierung erhielten.

Die deutschen Besatzer wurden in Litauen im Juni 1941 besonders freudig begrüßt. Eine lokale faschistische Bewegung hatte den Boden bereitet, bevor die Besatzer eintrafen. Bereits in 42 Orten in Litauen wurden Juden von ihren Nachbarn ermordet. Etwa 94% der 220.000 Ju-

den, die in Litauen vor dem Krieg lebten, wurden von den Nazis und ihren litauischen Kollaborateuren ermordet. Gern werden im heute unabhängigen Litauen Judenmörder als Freiheitskämpfer gefeiert, wie beispielsweise Kazys Skirpa, Anführer der LAF (Litauischen Aktivistenfrent), deutscher Abwehrgent, nach dem ein Platz in Kaunas nach 1991 benannt wurde. Skirpa war al Planer und Vorbereiter an der Vorbereitung des Massenmordes beteiligt In Litauen ist juristisch nur derjenige zu belangen, der tatsächlich den Abzug des Gewehres betätigte. Dieser Rechtslage zufolge wäre Eichmann in Litauen keines Verbrechens schuldig geworden...

Die Litauische Aktivistenfrent des Skirpa hatte Flugblätter verbreitet, die zum Judenmord aufriefen, den deutschen Besatzern wurden Juden „ausfindig“ gemacht. Mindestens 30.000 Litauer waren, dem Geist der LAF und ähnlicher Anstifter folgend, in den Hilfspolizeinheiten tätig. Im „Jäger-Bericht“, eine buchhalterisch geführte Liste der Orte von Erschießungen sind penibel die Erschießungen beschrieben, die an insgesamt 223 Orten, hauptsächlich von Einheimischen durchgeführt wurden. Einige der Täter flüchteten nach dem Krieg in die USA, nach Kanada, Großbritannien und Australien, wo sie ab 1947 im kalten Krieg als verlässliche Antikommunisten gebraucht wurden. Die Sowjets hatten sich zwar mehr Mühe bei der juristischen Verfolgung gegeben, heute wird grundsätzlich in Litauen an der Rechtmäßigkeit dieser Verfahren gezweifelt. Die Beteiligung an den Verbrechen der Nazis ist das größte Tabu der jungen Demokratie. Der litauische Präsident Adamkus kann nichts Unanständiges am Wirken des Planers von Folter, Vertreibung und Mord erkennen. Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Salzburg danach befragt, sprach er von Skirpa als einer „durchaus vielschichtigen Persönlichkeit“ Die fehlende Kenntnis der Nazi-Mordmaschinerie, verbunden mit traditionell stark verbreiteten antisemitischen Strömungen in Litauen sind die Haupthindernisse für eine juristische und moralische Auseinandersetzung der Gesellschaft mit den dunklen Flecken in der Geschichte.



26.11.2009

Kollaborateure in Litauen

Testgelände für den Holocaust

Beim Judenmord im Zweiten Weltkrieg machten viele Litauer gemeinsame Sache mit den deutschen Nazis. Für Historiker Joachim Tauber war das Land gar eine Art Testgelände für den Holocaust. Im *news.de*-Interview erklärt er, warum.

Von news.de-Redakteur Timo Nowack

Im Film „Das Vaterspiel“ geht es um einen Litauer, der im Zweiten Weltkrieg in seiner Heimat gemeinsame Sache mit den Nazis macht. Wie viele Kollaborateure gab es damals in dem Land?

Tauber: Das kann man nicht beziffern. Es fängt mit der Frage an, wo Kollaboration beginnt. Diejenigen Litauer, die mit eigenen Händen Menschen aus rassistischen Gründen für die Nazis umgebracht haben, das sind natürlich Kollaborateure. Schwierig wird es aber bei den indirekten Tätern. Also etwa bei denjenigen, die Listen erstellt haben über Juden in den einzelnen Städten. Die Grauzone ist da sehr groß. Aber bei den Direkttätern kann man auf jeden Fall von einigen tausend ausgehen.

Sie sind Mitautor des Buches Holocaust in Litauen. Darin ist die Rede von Litauen als Testgelände für den Holocaust – erklären Sie das mal.

Tauber: In Auschwitz zum Beispiel begann der systematische Judenmord erst 1942. Aber die ersten Mordaktionen, die auf die Auslöschung aller jüdischen Menschen in einem Gebiet abzielten, fanden schon vorher im Bereich der damaligen Sowjetunion statt, in den besetzten baltischen Staaten. Nirgends sonst ist in der zweiten Hälfte 1941 mit einer derartigen Effizienz, Brutalität und Dynamik gemordet worden wie in Litauen. 131.000 Menschen wurden dort allein bis zum 1. Dezember 1941 ermordet. Wenn man danach fragt, wo diese antisemitische, mörderische Stimmung in die systematische Vernichtung umgeschlagen ist, wird man zuerst auch auf Litauen gucken müssen.



1941 werden Juden von der litauischen Heimwehr, die mit den Nazis kollaboriert, zusammengetrieben. – Foto: Wikipedia/Bundesarchiv

Auch Polizeieinheiten waren auf litauischer Seite am Judenmord beteiligt.

Tauber: Ja, das waren Hilfspolizeinheiten, die von den Deutschen zu Massenverbrechen herangezogen wurden. Es gab da richtige Killereinheiten, zum Beispiel das in Kaunas stationierte Arbeitsbataillon. Aber man muss auch die gesamte litauische Verwaltung mit einem großen Fragezeichen versehen. Denn es wurden mehr als 130.000 Menschen innerhalb weniger Monate umgebracht, und die deutsche Einsatzgruppe, die das gemacht hat, das Einsatzkommando III, bestand aus nur 200 Mann – das ist rein mathematisch nicht möglich. Die ganze Assistenz und Vorbereitung lief auch über litauische Stellen.

Warum war in Litauen der Hass auf die Juden und die Zusammenarbeit mit den Nazis so groß?

Tauber: Ein ganz entscheidender Punkt ist die sowjetische Besatzung Litauens im Juli 1940 und das vermeintliche Verhalten der jüdischen Minderheit in dieser Zeit. Da ist in Teilen der litauischen Bevölkerung ein antikommunistische Haltung entstanden, in der die Juden in Li-

tauen als fünfte Kolonne der Sowjets und Verräter an der litauischen Nation diffamiert wurden.

Und was ist die Grundlage dafür?

Tauber: Es gibt für diese angebliche Affinität des litauischen Judentums zur Sowjetmacht praktisch keine harten Daten. Die Juden als Minderheit standen der Sowjetunion teilweise ebenfalls skeptisch gegenüber. Es gab unter den Jugendlichen wohl eine gewisse Attraktivität der sozialistischen und sowjetischen Idee. Aber das Bild, dass die Juden die Sowjets gegen die Litauer unterstützt haben, ist ein reiner Mythos. Doch auch solche Mythen und Feindbilder spielten eine Rolle, und nach der deutschen Besetzung kam es schnell zu ersten Abrechnungsaktionen. Wichtig ist aber, dass diese ersten Morde noch unter der Chiffre «Rache an Juden als Sowjetfreunde» liefen. Der systematische Judenmord geschah erst später – da wurden die Juden dann ermordet, weil sie Juden waren. Auch der Umschwung, nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder zu ermorden, fand erst im Hochsommer 1941 statt.

Welche Bedeutung hatte das Judentum vorher in Litauen?

Tauber: Die litauische Hauptstadt Vilnius war das Jerusalem des Ostens oder Nordens. Das Jiddisch als Schriftsprache ist das Jiddisch, das in Litauen gesprochen wurde, und die jüdische Sozialdemokratie in Osteuropa ist 1897 in Vilnius gegründet worden. Die jüdische Minderheit in Litauen hatte eine ganz große Bedeutung für jüdische Kultur, Ostjuden und Osteuropa.

Und wie war die Beziehung zwischen den Juden und dem Rest der litauischen Gesellschaft?

Tauber: Heute spricht man gerne von Parallelgesellschaften. Das trifft es wohl ganz gut. Die Sprache der Juden in Osteuropa war Jiddisch, die Verkehrssprache, mit der sie in Litauen mit der nichtjüdischen Umwelt kommunizierten, war aber in der Regel Polnisch oder Russisch, nicht Litauisch. Es gibt viele Berichte von Juden, die den Zweiten Weltkrieg nur überlebt haben, weil sie Litauisch sprachen. Dadurch konnten sie in der Gesellschaft untertauchen. Oder sie konnten bei einer Flucht aus dem Ghetto den litauischen Wachposten, der sie entdeckte, auf Litauisch ansprechen, und das reichte, damit der die Augen zumachte.

Gab es mittlerweile Prozesse gegen diejenigen Litauer, die am Judenmord beteiligt waren?

Tauber: Ja, die gab es. Sie sind aber eingestellt worden, entweder aus Mangel an Beweisen oder weil der Angeklagte nicht mehr verhandlungsfähig war. Die Beschuldigten sind 80 oder 90 Jahre alt und die Strategie ist, dass sie gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind, an dem Prozess teilzunehmen. Es gibt eine Stimmungsmache, die Litauer würden gegen diese Leute nicht vorgehen. Die litauisch-jüdischen Beziehungen sind da ein wenig vergiftet und auch in der Bundesrepublik gibt es einige Stimmungsmacher, die Litauen vorwerfen, ein Paradies für Kriegsverbrecher zu sein. Das ist aber nicht der Fall. Ich habe sogar den Eindruck, die litauische Justiz ist um einiges härter als die bundesdeutsche Justiz seit den 1970er Jahren. Aber wie im deutschen Strafrecht muss der individuelle Mord nachgewiesen werden und das ist 50 Jahre später natürlich äußerst schwierig.

Im Film Das Vaterspiel versteckt sich der litauische Nazi in den USA in einem Keller. Ist das realistisch?

Tauber: Viele Litauer sind mit den deutschen Truppen 1944/45 nach Westen geflohen und konnten dann ab 1947 emigrieren und in die USA gehen. Unter diesen Leuten befanden sich auch einige, die als Kollaborateure Morde für die Deutschen verübt hatten. Aber in den 1950er Jahren haben sie alle die amerikanische Staatsbürgerschaft bekommen. Strafverfolgung und Prozesse gegen Kollaborateure in Amerika gab es erst in den 1980er, 1990er Jahren, aber auch dabei war die Beweisführung praktisch nicht mehr möglich. Das Bild aus dem Film ist wohl verkehrt. Denn so jemand würde sich nach 30 Jahren kaum noch im Keller verstecken, sondern eher, wie im Fall Demjanjuk, offensiv damit umgehen und auf Anwälte setzen.

Dr. Joachim Tauber, Jahrgang 1958, ist seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Nordost-Institut/Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V. an der Universität Hamburg. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die deutsch-litauischen Beziehungen und die deutsche Außen- und Besatzungspolitik in Ostmitteleuropa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Tauber ist einer der Autoren des Buches „Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941“.